

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jeden Werttages. Abonnementpreis mit Post. Besondere „Post u. Zeit“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspf. Einzelverkaufsp. 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 46

Telefon: 905, 926, 8191

Anzeigenpreis für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 20 Reichspfennige, auswärtige 30 Reichspfennige. Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Reichspfennige. Reklamen 90 Reichspf.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46

Telefon: 905, 926, 8191

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 56

Dienstag, 8. März 1927

34. Jahrgang

Dieh bleibt weiter in Haft

Ein zweiter Fall Kölling / Untersuchungsrichter Hofius aus Elberfeld „Verrat militärischer Geheimnisse“ an die preussische Polizei

Z.N. Elberfeld, 8. März.

Die Zeit-Notizen erfahren von ihrem nach Elberfeld entlassenen Sonderberichterstatter neue haarsträubende Einzelheiten über die Behandlung der Angelegenheit des Assessors Dieh, der bereits seit dem 2. September 1926 — es war die erste Amtshandlung des Oberreichsanwalts Dr. Werner — unter der Beschuldigung des Landesverrats im hiesigen Untersuchungsgefängnis in Haft gehalten wird, obwohl die Verdachtsmomente gegen ihn längst zusammengebrochen sind.

Dieh ist bekanntlich der Hauptbelastungszeuge gegen den Justizrat Claß, und da am 11. März vor dem Richter-Senat des Reichsgerichts die Berufung der preussischen Staatsregierung gegen die Aufhebung des Verbots von Wittig und Olympia verhandelt werden wird, die im engsten Zusammenhang mit dem von der preussischen Regierung beantragten Hochverratsverfahren gegen den Justizrat Claß steht, wird angenommen, daß der Assessor Dieh als Belastungszeuge unglaubwürdig gemacht werden soll.

Die Vorgeschichte des Falles Dieh ist bekannt. Nachgetragen sei noch, daß anlässlich der bei ihm angeforderten Hausdurchsuchung die Durchschläge dreier Briefe aus dem Jahre 1922 gefunden wurden, mit denen sich Dieh für seinen Freund, den Studiendirektor Dr. Goldmann aus Saspe, verband, um diesem eine Stellung als Ballistiker zu verschaffen. Einer dieser Briefe richtete sich an den amerikanischen Botschafter und enthielt Andeutungen über eine angeblich von Goldmann gemachte Erfindung, die jedoch erst in der Idee vorhanden war. Der zweite war gerichtet an den Reichstagsabgeordneten der Zentrumspartei Dr. Fleischer, den Dieh gebeten hatte, mit militärischen Sachverständigen des Reichswehrministeriums über Goldmanns Idee zu sprechen. Schon

aus diesem Brief geht klar hervor, daß Dieh niemals verbrecherische oder auch nur ungesetzhafte Absichten gehabt haben kann,

sonst hätte er sich nicht ausgerechnet an einen Abgeordneten des deutschen Reichstages gewandt.

Trotzdem erging am 2. September 1926 der Haftbefehl des Oberreichsanwalts mit dem hinzugefügten Ersuchen, die Verhaftung möglichst unauffällig durchzuführen. Dieh wurde in strengster Einzelhaft in einer Beobachtungs (Mörder-) Zelle untergebracht, und die Öffentlichkeit erfuhr erst aus einer Äußerung des Berliner Polizeipräsidenten Dr. Friedensburg auf einer Tagung des Republikanischen Reichsbundes am 25. September und am nächsten Tage aus einer umfangreichen Veröffentlichung des Elberfelder Sonderberichterstatters des „Montag-Morgen“ von der Tatsache dieser auffeherregenden Verhaftung. Der „M. M.“ hatte auch gleich den Namen des Untersuchungsrichters, der im Auftrage des Oberreichsanwalts die Ermittlungen leitete, des Landgerichtsrats Dr. Hofius in Elberfeld, genannt und den dringenden Verdacht ausgesprochen, daß dieser Richter die Untersuchung in einer Weise führe, die alles andere als objektiv genannt werden könne.

Dr. Hofius ist kraumm völkisch orientiert und behandelt den Fall Dieh-Goldmann in einer Weise, daß die Annahme berechtigt erscheint, Dieh solle für den ihm zum Vorwurf gemachten, angeblichen Verrat militärischer Geheimnisse der

Puttschisten um den Justizrat Claß an die preussische Polizei bestraft werden. Tatsächlich aber hat Dieh freiwillig keinerlei Angaben über die hochverräterischen Pläne seiner früheren Freunde gemacht. Im Gegenteil: er hat den Untersuchungsrichter Dr. Neumann, der ihn in Berlin mehrfach vernahm, über die Absichten der Puttschisten genau so belogen, wie auch die übrigen Teilnehmer des Hochverrats taten, nachdem sie von Claß selbst oder durch dessen beauftragten Vertrauten, den Telegraphendirektor Finkle aus Köln, sachgemäß instruiert worden waren.

Schon gegen Ende September hat Untersuchungsrichter Hofius dem verhafteten Dieh bei einer der vielen Vernehmungen zugefanden, daß von einem Beweis für den gegen ihn bestehenden Verdacht des Verrats militärischer Geheimnisse nicht die Rede sein könne. Er erklärte, daß er nur noch den Abgeordneten Dr. Fleischer zu vernehmen gedenke, dann stände einer Verhandlung über seine Haftentlassung nichts mehr im Wege. Aber Woche um Woche verstrich, ohne daß Dieh enthaftet wurde. An die Einlösung seines Versprechens gemahnt, gab Dr. Hofius zur Auskunft: „Ja, gewiß habe ich Ihnen die Zusage gemacht, doch dürfen Sie mich nicht auf Tag und Stunde festlegen wollen.“

Dem Studiendirektor Dr. Goldmann legte er die Frage vor, ob er sich ruhig verhalten wolle, wenn er ihn aus der Haft entlasse. Goldmann verneinte dies und erklärte, er werde sich an parlamentarische Instanzen wenden. Darauf hat ihm der völkische Richter Dr. Hofius erwidert:

„Wenn Sie mir ein Disziplinarverfahren anhängen, werde ich zum Bericht aufgeföhrt. Dann ist damit die Sache für mich erledigt. Selbstverständlich, was kann mir passieren — als Richter bin ich unabsehbar.“

Seinen Kollegen und Bekannten gegenüber jedenfalls führt Herr Hofius eine andere Sprache. So hat er einem ehemaligen Staatsanwalt gegenüber geäußert: „Gegen Goldmann haben wir Material genug; er kommt bestimmt nicht ungeschoren fort. Wenn das Gericht sehr streng ist, kann auch Dieh noch etwas passieren.“

Ein Hilfsarbeiter des Untersuchungsrichters Dr. Hofius hat seinen Freunden Angaben aus den Akten gemacht, über die später noch zu sprechen sein wird.

Gegenüber dem Dr. Goldmann hat Hofius mit Bezug auf die Person des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Dr. W. Rich gar von „Betrügerei“ gesprochen. Eines Tages erschien Hofius mit einem Begleiter in: Gefängnis, ließ sich die Zelle des Dr. Goldmann anschließen und ließ seinen Begleiter den Gefangenen in Augenschein nehmen. Dr. Goldmann führt berechtigte Beschwerden darüber, daß er so

wie ein Raubtier im Käfig Besuchen vorgeführt wurde.

Ende Februar 1927 fand endlich ein Haftprüfungsverfahren statt, das verjagt werden mußte, weil angeblich ein Gutachten des ballistischen Sachverständigen nicht abschließend hatte nachgeprüft werden können. Vorher war die Haftbeschwerde des Dr. Dieh, die am 22. Dezember an den Oberreichsanwalt gelangt war, vier Wochen hindurch unerledigt geblieben. Ja, der Oberreichsanwalt hatte es nicht einmal für erforderlich angesehen, eine Antwort zu erteilen.

eine praktische Lösung dieser Frage in Genf bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht erzielt werden könnte. Aber daß die Frage hinter den Kulissen eine Hauptrolle spielen wird, hat hier nicht sonderlich überrascht. Es ist unverkennbar, daß in den letzten Tagen, speziell seit Beginn der Genfer Tagung, eine Schwärzung der öffentlichen Meinung bis weit in die Rechtskreise hinein zutage getreten ist. Die Mehrzahl der Blätter ist allerdings noch weit davon entfernt, eine Räumung der Rheinlande auf absehbare Zeit ins Auge zu fassen, sie gibt aber doch zu, daß Stresemann starke Trümpfe in der Hand habe, um Briand von der Rheinlandräumung aus Gründen politischer Klugheit zu überzeugen und man weiß auch, daß in dieser Frage ganz Deutschland hinter Stresemann steht.

Die ungelöste Rheinlandfrage wird, wie „Paris Mid.“ offen schreibt, in den schwebenden Handelsvertragsverhandlungen und auch in der Handelspolitik zwischen beiden Völkern ihren Ausdruck finden. Im letzteren Punkte ist dem Waise, daß Stresemann unweigerlich in die Annäherungspolitik mit Frankreich an der Frage der Rheinlandräumung getreten sollte. Behaltene Gedankengänge finden sich in a. d. e. n. Blättern und beweisen, daß die Frage der vorzeitigen Rheinlandräumung die französische öffentliche Meinung erregt zu beschäftigen beginnt. Es bleiben aber von da bis zur praktischen Lösung der Frage noch erhebliche Schwierigkeiten, vor allem bei den nationalistischen Parteien im Parlament zu überwinden, ganz abgesehen von den politischen Widerständen, die durch Boncompagni und Marin verstärkt werden.

Das Saarproblem

Unter den offiziell auf der Tagesordnung des Völkerbundes stehenden Fragen steht für uns das Schicksal des Saargebietes an erster Stelle.

Bergegenwärtigen wir uns noch einmal die Rechtslage. Das Saargebiet befindet sich in einer Situation, die völkerrechtlich ohne Vorgang ist. Es gehört grundsätzlich zum Deutschen Reich, dessen Souveränität aufrecht erhalten ist. Seine Bewohner sind deutsche Staatsbürger. Die Ausübung der Regierungsgewalt aber ist durch den Friedensvertrag von Versailles dem Völkerbund übertragen, der das Land als eine Art von Treuhänder verwaltet. Die fünfgliedrige Regierungskommission, die in Saarbrücken ihren Sitz hat, ist Organ des Völkerbundes und wird von dessen Rat mit Stimmenmehrheit ernannt. Der Rat entscheidet auch in Streitfragen, die sich aus der völkerrechtlichen Stellung des Gebietes ergeben. Dieser Zustand soll 15 Jahre — bis 1935 — dauern. Dann soll auf Grund einer Volksabstimmung darüber entschieden werden, ob das Land an Deutschland oder an Frankreich fällt, oder ob es in der bisherigen oder einer etwas abgeänderten Form sozusagen Mandatsgebiet des Völkerbundes bleibt.

Die Zusammensetzung der Regierungskommission ist ebenfalls durch den Vertrag geregelt. Es gehören ihr ein Franzose, ein aus dem Saargebiet stammender und dort ansässiger Nichtfranzose und drei Angehörige dreier anderer Länder. Die Kommission wird alljährlich durch den Völkerbundsrat neu gewählt, es hat sich aber die an sich verständliche Praxis herausgebildet, daß immer wieder die bisherigen Mitglieder in ihren Ämtern beständig werden, abgesehen davon, daß 1925 der französische Präsident Kaoul durch den Kanadier Stephens ersetzt wurde. Da Stephens jetzt seinen Abschied genommen hat, wird der Rat sich in Genf über seinen Nachfolger schlüssig werden müssen, und selbstverständlich kommt sehr viel darauf an, wie dieser Nachfolger aussieht.

Man erzählt unter der Hand, daß zwischen Frankreich und England ein stillschweigendes Abkommen bestanden hat, wonach für die ersten fünf Jahre ein Franzose, für die zweiten ein Angehöriger des britischen Imperiums und für das letzte halbe Jahrzehnt ein Deutscher betraut werden sollte. Durch den vorzeitigen Rücktritt von Stephens ist die Durchführung dieses Schemas ein wenig gestört worden, und man hat sich eine Weile der Hoffnung hingeeben, daß schon jetzt das deutsche Mitglied der Kommission, der Zentrumsmann Coßmann, an die Spitze der Regierung gestellt werden könne. Diese Erwartung aber wird sich kaum verwirklichen, und es heißt, daß wieder ein Kanadier den vakanten Posten einnehmen werde.

Wenn der neue Mann im wesentlichen im Sinne seines Vorgängers arbeitet, so wird man sich mit seiner Bestallung abfinden können. Weit wichtiger wäre es, daß sich auch die übrigen nicht deutschen Mitglieder stets der Pflichten zur Neutralität bemüht blieben, die ihnen ihre Stellung auferlegt. Es sind das der Franzose Morize, der mit der französischen Industrie eng verknüpfte Belgier Lambert und der Tscheche Weszenski, deren man mit größerem oder geringerem Recht nachsagt, sie unterstützen die Bestrebungen auf eine Französisierung des Gebietes oder sie leisten solchen Bemühungen jedenfalls nicht den nötigen Widerstand entgegen. Wir werden dabei freilich nicht außer acht lassen dürfen, daß einmal durch den territorialen Zusammenhang des Saargebietes mit den besetzten Gebieten am Rhein und andererseits durch das Frankreich zustehende Recht auf Ausbeutung der Saargebiete zur Reparationszwecken die Stellung der Kommission einigermaßen kompliziert wird, und Frankreich so ganz naturgemäß gewisse Privilegien erhält. Aber es wird doch Aufgabe des Völkerbundes sein, über die neutrale Mitsprache der Genfer zu wachen als bisher, und wir dürfen annehmen, daß diese Kontrolle durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und seinen Rat verstärkt wird. Wir haben gesehen, wie seinerzeit nach dem im Jahre 1924 erfolgten politischen Umschwung in Frankreich auch der französische Präsident Kaoul andere Saiten aufzuziehen verstand, und so dürfte die Saarkommission auch jetzt, selbst wenn wir die Besprechungen von Thoiry ganz beiseite lassen, dazu gebracht werden, den durch die deutsche Mitwirkung in Genf veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, selbst wenn es fürs erste noch nicht zur Wahl eines deutschen Präsidenten kommt.

Die andere Aufgabe des Rates ist die Regelung der Besatzungsfrage. Noch immer stehen im Saargebiet beträchtliche französische Truppenkontingente, obwohl der Friedensvertrag Frankreich keinerlei Garnierungsrecht gewährt. Die Zahl der Truppen ist im Laufe der Jahre herabgemindert worden. Durch die Schaffung einer Saargebetsarmee wurde das Argument entkräftet, nach dem die Soldaten zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung notwendig seien. Man hat dann auf den anderen Grund zurückgegriffen, daß man den Verleht, will jenen

Die erste Ratssitzung unter deutschem Präsidium

Genf, 7. März (Sig. Drahtber.)

Die erste Sitzung des Völkerbundesrates unter deutschem Vorsitz wurde am Montag vormittag um 11 Uhr von dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann in deutscher Sprache eröffnet. In der einstündigen Sitzung wurden weniger wichtige Angelegenheiten erledigt. Es wurde u. a. die Uebnahme der Kosten des Danziger Völkerbunds-Kommissariats an den Völkerbund entsprechend dem Antrag der Kontrollkommission abgelehnt. Dehattelos nahm der Rat dann den Bericht des schweizerischen Delegierten über die Lagerung und den Transport von polnischen Kriegsmaterialien in Danzig entgegen. Der Völkerbundsminister erhält nach diesem Bericht die Vollmacht, provisorisch solche Transporte zu genehmigen, bis der Rat im Besitz des Gutachtens seiner Militärkontrollkommission eine grundsätzliche Entscheidung gefällt hat. Anschließend lehnte der Rat das von der Mandatskommission geforderte Recht zur Anführung der Petitionäre aus den Mandatsgebieten grundsätzlich ab.

Die Kernfrage

Paris, 7. März (Sig. Drahtber.)

Man hatte hier die Befürchtung, daß die Frage der Rheinlandbesetzung in Genf von Stresemann offiziell aufgerollt werden könnte. Die Nachricht, daß das nicht der Fall sein wird, hat hier deshalb umso mehr befriedigt, als man überzeugt blieb, daß

Poincare zahlt an Amerika

Gegen den Willen des Parlaments

(Von dem Pariser Mitarbeiter des „Volksboten“)

Paris, Anfang März 1927

Um 29. April 1926 hatte der französische Botschafter in Amerika, Berenger, mit dem amerikanischen Schatzsekretär Mellon seinen Vertrag über die französische Schuldentilgung abgeschlossen, durch den Frankreich auf 62 Jahre an Amerika gelblich verpfändet wurde. Eine Ratifikation dieses Vertrages durch das französische Parlament wurde in den letzten Monaten von Amerika aus immer heftiger gewünscht. Denn nachdem schon Callaux vorher keine glücklichen Verhandlungen in Washington geführt hatte, war man froh, mit Berenger zu einem besseren Einverständnis gekommen zu sein und erwartete deshalb stürmisch den Schlußtritt unter dies Kapitel: die Ratifikation der französischen Kammer und des Senats. In dem Abkommen Berenger-Mellon steht die berühmte Garantieklausel: Frankreich muß selbst dann 62 Jahre lang seine Schulden an die Vereinigten Staaten abtragen, wenn etwa je Deutschland die Zahlungen einstellt, die es auf Grund des Dawes-Plans zu leisten hat.

Gerade deshalb setzte in den verschiedensten französischen Kreisen gegen das Abkommen vom April vorigen Jahres eine starke Opposition ein. Der Nationalist Louis Marin hielt eine Brandrede in der Kammer gegen die amerikanischen Forderungen, weil es ungerecht und unmoralisch sei, daß das während des Krieges gemeinsam vergossene Blut nun noch in Verträgen über die Schuldentilgung verhandelt werde. So sprach Louis Marin allerdings nur, bevor er Finanzminister im letzten Kabinett Poincare wurde. Und so fragen sich heute seine erregten Freunde von der reaktionären „Republikanischen Vereinigung“ erklaut, wie es möglich ist, daß Marins Opposition verstummt, obwohl Poincare die Schuldentilgungs-Abkommen sowohl mit England wie mit Amerika bereits ausführt „unter Vorbehalt späterer Ratifikation“.

Denn als vor einigen Wochen durch den Brief, den der sozialistische Abgeordnete Vincent Aurioi an den Vorsitzenden der Finanzkommission der Kammer richtete, bekannt wurde, daß Poincare mit der englischen und amerikanischen Regierung Sonderabkommen abgeschlossen hat, auf Grund deren bereits die geschuldeten Summen ohne parlamentarische Ratifikation provisorisch gezahlt werden, „vorbehaltlich späterer Ratifikation“ (wie Hohn auf das Parlament klingt das!), war die Entrüstung

sogar in den Reichstagen zunächst so groß, daß selbst der Abgeordnete Louis Dubois vom Nationalen Block interpellierte und die Millerand-Zeitung „Avenir“ ganz bestürzt ist. War doch Poincare sogar soweit gegangen, den Radio-Gesellschaft die Verbreitung aller gegen die Ratifikation gerichteten Reden zu verbieten! Nach einigen Erklärungen des Finanzministers erklärte sich Dubois jedoch schnell zufriedener. Nicht so die Sozialisten. Am 15. Juni 1927 muß die französische Regierung der amerikanischen ein erstes Mal die Summe von 10 Millionen Dollar „zur einstweiligen Gutschrift“ überweisen, und selbstverständlich dürfte dies nicht ohne Befragung des Parlaments geschehen. Die Sozialisten lassen es sich nicht nehmen, dies festzusetzen, mögen sie auch von der Reaktion noch so sehr ironische Bemerkungen darüber erhalten, daß die Revolutionäre plötzlich die Verfassung hüten wollen. Wenn Poincare eine diktatorische Machtübernahme begehrt, sollten eigentlich auch verfassungstreue Nichtrevolutionäre auf der Seite der un-nachgiebigen Interpellanten sein.

So hat Poincares Handlungsweise der späteren Ratifikation vorgearbeitet: Das Parlament ist in seinen Entscheidungen nun nicht mehr frei, da die Höhe der im Poincare-Provisorium festgelegten Summen genau den Beträgen entspricht, die auf Grund des nicht ratifizierten Abkommens Berenger-Mellon nach Amerika zu zahlen sind. Dessen spätere Ablehnung durch das französische Parlament ist somit nahezu außerhalb des Bereichs jeder Möglichkeit gerückt.

Poincare hat Aurioi den Vorwurf gemacht, er wolle nur die Regierungsmehrheit auseinanderbringen. „Sie wollen die Regierungsmehrheit in zwei Teile sprengen, aber noch bin ich da, sie zu schließen!“, sagte er verärgert. Als Aurioi an anderer Stelle erwähnte, das Callaux-Abkommen habe wenigstens die Ratifikation auf vier Jahre in der Schwebe gelassen, erwiderte der Ministerpräsident bitter: „Natürlich ist immer alles besser, was meine Vorgänger taten.“

Am Dienstag, dem 8. März, darf Aurioi ganze 10 Minuten lang erneut über den Vorgang interpellieren.

Weit über die Frage der Schuldentilgung hinaus ist es das Verdienst der sozialistischen Kammergruppe, daß sie die schon wiederholt zutage getretenen Absichten einer „kleinen Diktatur“ Poincares energisch niederkämpfte. Praktisch erreichte sie dadurch immerhin, daß bei der Beratung des neuen Budgets die Zahlungen nach Washington in den Budgetplan eingereicht werden und dabei noch einmal ausführlich zur Sprache kommen.

Kurt Lenz

die Aufrechterhaltung der Verbindungen mit den besetzten Rheinlandzonen, sichern müsse. Vom französischen Standpunkt gesehen mag dieser Rechtfertigungsversuch bis zu einem gewissen Grad stichhaltig erscheinen, aber man weiß nicht recht, von wem die Gefahr für die Verkehrssicherheit drohen soll, und wenn sie einmal wirklich eintreten würde, so garantierte die Möglichkeit, Truppen aus dem angrenzenden Frankreich oder aus den Rheinländern heranzuziehen, ihre schnelle Beseitigung. Jedenfalls widerspricht die Aufrechterhaltung der Garnisonen mit ihrer starken Belastung für die Einwohnerschaft nicht nur dem Versailler Vertrag, sondern auch jeder Vernunft.

Jetzt ist nun dem Genfer Rat ein von der Saarländischen Regierungskommission unter Oberpräsident des deutschen Reiches ausgearbeiteter Vorschlag zur Regelung der Besatzungsfrage unterbreitet worden. Danach soll eine Eisenbahn-Schutztruppe in Stärke von 800 Mann bereitgestellt werden. Sie soll insofern internationalen Charakter tragen, als sich, wie es in dem Bericht heißt, die Regierungskommission für ihre Zurverfügungstellung mit den Besatzungstruppen des Rheinlandes in Verbindung zu setzen habe. Das ist sicher ein Fortschritt gegenüber den bisherigen Verhältnissen, umso mehr als ausdrücklich festgestellt wird, daß von jetzt ab kein Hinderungsgrund mehr bestehe, die französische Regierung zu einem Abtransport der Garnisonstruppen zu veranlassen, den sie schon am 18. März 1926 angekündigt hat. Für uns ist indessen auch diese Kompromißlösung nicht zufriedenstellend, und wir dürfen annehmen, daß Deutschland in der Ratifizierung den vollständigen Verzicht auf die Aufstellung irgendwelcher Truppenkontingente im Saargebiet fordert. Freilich wird es damit kaum durchdringen, und wir werden uns, wenn auch unter Protest, mit dem zurzeit Erreichbaren zu begnügen haben.

Dafür wird mit um so größerem Nachdruck auf die Unzulässigkeit der Radikalisierung des Saarproblems zu dringen sein. Der gegenwärtige Zustand ist sinnlos. Allenfalls weiß man genau, daß die Saarbevölkerung zu Deutschland zurückkehren will. Eine Aufrechterhaltung des Treuhändersystems bis zum Jahre 1933 würde daran nichts ändern, und eine Volksabstimmung würde ein Resultat ergeben, das für Frankreich eine Blamage bedeutete. Allerdings können wir uns darüber nicht täuschen, daß die Befreiung der Saar unlöslich mit der des Rheines verbunden ist.

Landbund kauft Bauernführer

2 Stück für 150 000 M. — ein schlechtes Geschäft

Berlin, 8. März (Radio)

Der Vorstand und der geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Bauernbundes hat am Montag eine Entschliessung gefasst, die sich gegen die vom Reichslandbund finanzierten Quertreibereien wendet. In der Entschliessung heißt es u. a.:

„Vorstand und geschäftsführender Ausschuss des Deutschen Bauernbundes nehmen in tiefer Entrüstung Kenntnis von dem heimlichen Versuch ihres bisherigen Vorstandsmitgliedes Haderlich, die Organisation des Deutschen Bauernbundes an den Reichslandbund zu verraten. Vorstand und Ausschuss stellen fest, daß Haderlich hinter dem Rücken der Geschäftsleitung und der Geschäftsleitung unter Aufstellung bewußt unwarmer politischer und organisatorischer Behauptungen hierfür Anhänger zu werben gesucht hat und daß er vorher zu diesem Zweck einen Teil der Beamten unter der Androhung, daß sie Gefahr laufen, beim Bauernbund existenzlos zu werden und dem Versprechen finanzieller Vorteile für später von Seiten des Landbundes zu diesem Betrug verführt hat. Vorstand und geschäftsführender Ausschuss stellen diese auf tiefer Stufe stehende Handlungsweise eines Mannes, dem in der Organisation eine besondere Verantwortung anvertraut war, öffentlich an den Pranger und haben darauf mit dem sofortigen Ausschluss desselben aus der Organisation geantwortet. Sie stellen aber auch an den Pranger die Handlungsweise und die Gesinnung dererigen Haderlich, die sich mit diesen Betrütern eingelassen haben und die es mit ihrer Ehre glaubten vereinbaren zu können, sich an einer solchen Handlungsweise zu beteiligen. Vorstand und geschäftsführender Ausschuss erklären, daß der Deutsche Bauernbund nicht daran denkt und nicht daran gedacht hat, die Linie seiner bisherigen Politik zu verlassen und sich der Führerschaft des Landbundes unterzuordnen. Die gesamte deutsche Bauernschaft fordern wir auf, solche Betrügerei abzulehnen und den Betrütern selbst den Rücken zu kehren. Die deutschen Bauern mögen aus diesen Vorgängen erkennen, mit welchen struppigen Mitteln ihre Gegner arbeiten, um eine selbstbewusste und selbständige Bauernpolitik zu verhindern.“

Das Berliner Tageblatt weist dazu auf, daß der Reichslandbund im Laufe der letzten Wochen durch große Geldangebote den Bauernbundes ihrer bisherigen Organisation absperrig zu machen. Haderlich, der übrigens in der Reichsliste heute einen Aufschwung erlebt gegen die im Deutschen Bauernbund vorherrschende Tendenz, wurde ein Sitz im Direktorium des Landbundes mit einem Jahresentgelt von 15-18 000 M. versprochen. Nach seiner Angabe wurde im ganzen eine Summe von 150 000 M. für solche Zwecke zur Verfügung gestellt. Eine angebliche Sonderausgabe der Bundeszeitung „Deutscher Bauernbund“ sollte die Mitglieder des Bauernbundes zum Abfall bewegen. Außerdem hat man außer Herrn Haderlich noch einen Kreisvorsitzenden gewonnen. Die Reichsliste behauptet trotzdem, daß das Kommando von Herrn Haderlich insbesondere die Zustimmung der Kreisvorsitzenden aus den Reichsgebieten gefunden hat. Wes glatter Schwabbel!

Die Lage in Shanghai

Widersprechende Nachrichten / Unschöne Aussichten der europäischen Kolonie

London, 7. März. (Eig. Bericht)

Die Meldungen über die militärische Lage in Shanghai bleiben widersprüchlich. Einige Nachrichtenlauten, welche nach wie vor die bereits erfolgte Übernahme von Shanghai durch die Kantonaarmee. Das würde heißen, daß die Übergabe von der Oberbefehlshaber der Kantonaarmee bereits abgeschlossen ist. Er würde in diesem Falle nach der übereinstimmenden Meinung der militärischen Sachverständigen in London vom Scheitern der Rufen in der Schlacht von Tientsin unmittelbar betroffen sein. Von anderer Seite wird diese Meldung wieder als ein Lied der Kommunisten-Propaganda bezeichnet. Einmalige von Shanghai hier vorliegende Meldungen geben aber die wachsende Nervosität der europäischen Kolonie deutlich wieder und machen einen fast gesicherten Eindruck. Es weckt die britische halbamtliche Korrespondenz, daß die Gewerkschaftsleitung in Shanghai an einer Aktion arbeite, durch die Shanghai von der Kontrolle der Kantonaarmee für die Kantonaarmee für die Kantonaarmee genommen werden solle. Diese Aktion soll in Form eines Generalstreiks erfolgen. Gegenwärtig würde von den Gewerkschaften u. a.

auch für den Ankauf von Waffen gesammelt. Die Gewerkschaftsleitung Shanghais habe an alle ihr angeschlossenen Verbände bereits die Weisung ergeben lassen, sich für diese Aktion bereit zu halten. Das Signal hierfür würde von den Gewerkschaften gegeben werden, sobald zuverlässige Nachrichten über einen entscheidenden militärischen Sieg der Kantonaarmee in Sutschau vorliegen.

Ferner wird aus Shanghai gemeldet, daß die Uneinigkeit zwischen dem kommunistischen Flügel der Nationalistenpartei und den militärischen Führern der Kantonaarmee, insbesondere Schiangkai-schek bereits zu einem endgültigen Bruch geführt habe. Schiangkai-schek soll in Kanton eine Rede gehalten haben, in welcher er betont, daß die Wirtschaftsordnung des Kommunismus nicht für alle Länder brauchbar sei, der Kommunismus würde den Zusammenbruch Chinas und eine Verewigung des Bürgerkrieges bedeuten.

Das in Hongkong gegenwärtig stationierte britische Goldstream-Regiment ist am Montag nach Shanghai abgegangen, um das dort stehende Suffolks-Regiment, das nach Hongkong zurückkehren soll, abzulösen.

Neue Erdbeben in Japan

London, 8. März (Radio)

Am Montag wurde Mittel- und Süd-Japan von einem schweren Erdbeben heimgesucht, das insbesondere in Osaka und Tokio bemerkt wurde. In Osaka kürzte u. a. ein Kino ein. 80 Personen wurden durch die einströmenden Eisen- und Gesteinmassen zum Teil getötet bzw. schwer und leicht verletzt. Auch Feuer brach an verschiedenen Stellen der Stadt aus. Ebenso sollen in anderen japanischen Städten viele Häuser eingestürzt sein.

Ostpreussisches Gildenbild

Der Herr Abgeordnete will einen Redakteur verprügeln

Der völkische Abgeordnete des Preussischen Landtags Giesefer hatte gegen den preussischen Wohlfahrtsminister Hirtjesier im vergangenen Jahre eine ganze Reihe von unwahren Behauptungen persönlicher Art aufgestellt. Diese Behauptungen wurden gleichzeitig im „Ostpreussischen Tageblatt“ veröffentlicht, gegen das Hirtjesier dann Klage antrat. Vor Gericht wurden die Anschuldigungen als unwahr erwiesen; daraufhin ließ sich Giesefer ebenfalls verurteilen, seine Behauptungen von der Tribüne des Landtages herab als unwahr zurückzunehmen.

Die „Ostpreussische Zeitung“ in Ostpreußen gab ihren Lesern von diesen Vorgängen wahrheitsgetreue Kenntnis. Giesefer, der aus dem Kreise Osterode stammt, brachte es daraufhin fertig, dem Blatt trotz seiner wahrheitsgetreuen Mitteilung eine „Berichtigung“ zu übermitteln. Die Zeitung gab diese Berichtigung wieder, zitierte aber gleichzeitig die betreffenden Stellen des amtlichen Landtagsprotokolls und überführte den völkischen Edelmann damit vor seiner eigenen Wählerchaft als einen insamen Lügner.

Das war dem völkischen Korrespondenten Giesefer noch peinlicher als die Niederlage seines Widerspruchs im Preussischen Landtag. Was tat er? Er forderte kurzbedenkend den Schriftleiter des genannten Blattes zu einem Rücktritt auf. Als diese Forderung aus prinzipiellen und persönlichen Gründen abgelehnt wurde, klappte sich Giesefer nach der „Ostpreussischen Zeitung“ in dessen Gesellschaftsreisen damit, daß er den Redakteur des genannten Blattes nunmehr verprügeln werde. Daraufhin kündigte die „Ostpreussische Zeitung“ ihm einen recht warmen Empfang an.

Der Korrespondent für die Gesellschaften des völkischen Abordneten und Korrespondenten Giesefer ferngehend. Erst verurteilt er unter dem Schutze der Immunität, dann nimmt er von der gleichen Tribüne des Landtages herab die frechen Behauptungen zurück und fern von Berlin bringt er es schließlich wieder fertig, seinen eigenen Widerspruchs zu widerrufen. Treudeutsch!

Ein neues Glied der Internationale

Das Land der Elbe

Am 1. Dezember 1926 hat der Kongress des Alldeutschen Verbandes (Verband der unabhängigen sozialistischen Vereine und Gewerkschaften) mit 237 Stimmen gegen 640 beschlossen, der Sozialistischen Arbeiter-Internationale beizutreten. Die Exekutive der S. A. I. hat in ihrer Sitzung am 12. Februar 1927 diesen

Beitritt zur Kenntnis genommen. Der Alldeutschen Verband tritt als ihre nördlichste Sektion in die Reihen der S. A. I.

Island, die große Insel im Nordwesten von Schottland, hat 100 000 Einwohner, die sich über ein Gebiet von 100 000 Quadratkilometer verteilen. 60 Prozent der Einwohner leben von Fischerei, 40 Prozent von Ackerbau. Es gibt im Lande keine bedeutende Industrie und keine großen Städte. Die Hauptstadt Reykjavik hat ungefähr 23 000 Einwohner und dann gibt es noch drei andere Städte mit etwa 3000 Einwohnern. Entlang der ganzen Küste gibt es viele kleine Fischerdörfer. Die Gewerkschaften und politischen Organisationen haben ihren Sitz in den Städten.

Der Verband der Sozialisten und Arbeiter wurde im Jahre 1916 durch die Gewerkschaften in Reykjavik und dessen Umgebung gegründet. Er zählt gegenwärtig 4540 Mitglieder, von denen 308 in sozialistischen Vereinen organisiert sind. Im Gegensatz zu den meisten anderen Arbeiterorganisationen vereinigt der Alldeutschen Verband Islands, wegen der geringen Bevölkerung des Landes, in sich gleichzeitig die gewerkschaftliche und politische Bewegung, für die somit ein gemeinsames Exekutivkomitee besteht. Der Verband ist auf sozialdemokratischen Prinzipien aufgebaut und von gleichem Geist erfüllt, wie die meisten westeuropäischen Parteien. Er verfügt über ein Tagesblatt, vier Wochenblätter und eine Monatszeitschrift. Das Hauptorgan „Alfhyndubladit“ erscheint in Reykjavik.

Die Partei hat seit 1916 an den Wahlen teilgenommen und verfügt nun über zwei parlamentarische Vertreter und zwar einen im Unterhaus, das 28 Mitglieder zählt, und einen im Oberhaus, das aus 14 Mitgliedern besteht. Die letzten Hauptwahlen im Jahre 1923 zeigten, daß die Arbeiterpartei proportional einen größeren Fortschritt gemacht hat als jede andere Partei. Sie erhielt 7000 Stimmen von etwa 40 000 und sie hätte entsprechend auf wesentlich mehr Vertreter Anspruch. Die Ungerechtigkeit entsteht durch die ungleiche Verteilung der Wahlkreise. Die agrarischen Bezirke wählen proportional mehr Abgeordnete als die städtischen Wahlkreise. Dabei ist außerdem das Wahlrecht an das Mindestalter von 35 Jahren gebunden. Bei der Nachwahl im Herbst 1925 hat die Partei ihren Sitz in der Hauptstadt behauptet. In den Gemeinderäten von drei Städten besitzt die Partei die Mehrheit der Sitze und in verschiedenen anderen Gemeinderäten behauptet sie ein Drittel bis zur Hälfte der Sitze.

Arliche Edelinge

Oder unfähige Parlamentarier?

Wer wollte einst nicht Deutschland von dem „Stamantod“ erretten? Es waren die Völkischen! Jetzt retten sie sich vor sich selbst. Da schreibt z. B. die „Deutsche Tageszeitung“:

„Innerhalb der bisherigen „Völkischen Arbeitsgemeinschaft“ ist durch den Austritt des nationalsozialistischen Abg. Straßer eine entscheidende Wenderung eingetreten. Da zu einer Fraktion 15 Mitglieder nötig sind, hat die bisherige Arbeitsgemeinschaft nun aufgehört, Fraktion zu sein, muß ihre Vertreter aus den Ausschüssen zurückziehen und hat jede parlamentarische Wirksamkeit verloren. Die bisherige völkische Fraktion gliedert sich nunmehr in folgende Gruppen, von denen allerdings immer noch nicht erklärt ist, ob das endgültig ist: Zur deutschvölkischen Freiheitsbewegung gehören die Abg. v. Graefe, Hemming, v. Ramin, Weidenhöfer und Schröder. Zur N. S. D. A. P. die Abg. Feder, Dr. Kriß, Straßer, Dietrich, Graf Reventlow und Stöhr. Zu keiner der beiden Gruppen die Abg. Rudendorff, Dr. Beck, Seiffert und Kube. Letzterer soll sich der Deutschsozialen Partei (Kunze) angeschlossen haben. Zwischen ihm noch bekannt geworden, daß die Abg. Dr. Beck und Seiffert sich der „Volksrechtspartei“ (Aufwertungsverbande) angeschlossen haben. Die „Völkische Arbeitsgemeinschaft“ ist also in fünf verschiedene Gruppen zerfallen.“

Also 15 Männlein — aber 5 Gruppen! Front Heil!

Das Mißgeschick der Frau Kolonial

Berlin, 8. März (Radio)

Die lombardische Botschafterin in Mexiko, Frau Kolonial, deren Berufung auf einen diplomatischen Posten vor einiger Zeit gewisses Aufsehen erregt hat, ist „Petit Parisien“ zufolge abberufen worden. Offiziell erklärt man die Abberufung damit, daß Frau Kolonial das Klima nicht zuliege. Der wirkliche Grund ist aber darin zu suchen, daß sie mit ihrer Mission vollständig gescheitert ist und keine der Aufgaben habe erfüllen können, die man an sie stellte.

Johann Jacoby

Zu seinem fünfzigsten Todestag
Von Hermann Wendel

Die Gründung des kleinsten Arbeitervereins wird für den künftigen Kulturhistoriker von größerem Wert sein als der Schlachttag von Sadowa.

Jacoby.

Der berühmteste Tag im Leben Johann Jacobys war jener 2. November 1848, an dem er mit einer Abordnung der von der Gegenrevolution bedrohten preußischen Nationalversammlung auf dem Parkett des Schlosses Sanssouci stand und dem sich halb unwillig, halb höhnlich umdrehenden Friedrich Wilhelm IV. nachrief: „Das eben ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen.“ Diese historische Szene enthüllt viel vom Wesen des seltenen Mannes. Sie zeigt seinen Freimuth, seinen Befehlsstolz, die helle Stirn, mit der er den herrschenden Gewalten entgegentrat, während andere vor Unterthanensinn blaß wurden oder rot anliefen. Aber sie weist auch auf eine Anschauung hin, die die Weltgeschichte rein persönlich deutete und von ihren unterirdisch bewegenden Kräften wenig ahnte. Denn daß die Revolution unter den Schlitzen und die Gegenrevolution in den Sattel kam, hatte schon andere, objektivere Ursachen als die mangelnde Reizung der Hohenzollern, die Wahrheit zu vernehmen.

Vom Ruhm dieses einen Tages zu zehren, hatte Jacoby freilich nicht nötig. Wie er 1841 als junger Arzt mit seiner Schrift „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen“ der ganzen Verfassungsbewegung des preußischen Vormärz das Stichwort gegeben hatte, so bewährte er sich im Verfassungskampf der sechziger Jahre als unerschrockenster Verteidiger der Volksrechte; die Festungsallematten, in die ihn die Justiz Friedrich Wilhelms IV. mehr als einmal eintürmen wollte, fochten seine Überzeugungskraft so wenig an wie das Gefängnis, in das ihn wegen „Majestätsbeleidigung“ die Richter Wilhelms I. steckten. Aber so sehr den demokratischen Vorkämpfer in den vierziger Jahren der Jubel eines ganzen Volkes getragen hatte, so still und einsam wurde es in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre um ihn, und 1872 vollzog er nicht seine Uebertritt zur Sozialdemokratie, als Grund gab er nicht seine Befehrung zu ihren Grundsätzen, sondern die Verurteilung Bebels und Liebknechts im Leipziger Hochverratsprozeß an.

Aber ob ihm die Partei der Arbeiterklasse ein wenig ein Ähnl für politisch Obdachlose bedeutete, zählte Jacoby doch zu den ganz spärlichen Demokraten in Deutschland, die von vornherein einen Kern für die soziale Frage hatten. Schon 1848 brandmarkte er den „Polizeistich“ eines durch die gerechten Ansprüche der Arbeiterklasse eingeschüchterten Pfahlbürgertums und betonte, daß die staatliche Freiheit nicht der höchste und letzte Zweck sei, sondern nur den Weg zu dem auf sittliche Freiheit begründeten Wohlergehen aller zu bahnen habe. Erst recht teilte er zwanzig Jahre später der demokratischen Partei die Aufgabe zu, durch „Umgestaltung der sozialen Mißverhältnisse“ und „Hebung der arbeitenden und nockleidenden Mitbürger“ im wahren Sinne des Wortes zur Volkspartei zu werden. Der im Streben edler Menschenfreunde nach der Glückseligkeit aller und dem Widerstand der Unvernunft, Selbstsucht und trägen Gewohnheit dagegen den Inhalt der Weltgeschichte fand, hatte sicher kein Organ, die Lehre vom Klassenkampf zu begreifen, und auch wenn er sich für „Abkündigung des Lohnsystems und Ersatz durch genossenschaftliche Arbeit“ erwärmte, war diese Lösung reichlich verschwommen und unbestimmt. Die Lassalleaner gingen denn gegen Jacoby hart ins Zeug. Jean Baptiste von Schweitzer ließ ihm in der Resolution einer Wählerversammlung bezeugen, daß er manche sozialistische Wahrheit in sich aufgenommen habe, aber auf halbem Wege stehengeblieben sei, und ungerecht und gehässig gegen die „Sozialdemokrat“ eine seiner bedeutendsten Reden als „albernes, hohles Geschwätz eines wichtigthuenden Bourgeois“ und ihn selbst als „unschädliches, altes Männchen“ zur Seite. Dieser Standpunkt überließ durchaus, daß nicht wenig Einsicht und Mut dazu gehörte, unter Freihändlern und Manchestermännern einem Normalarbeitstag, dem Ver-

bot der Kinderarbeit und der Aufhebung der Lohnarbeit überhaupt das Wort zu reden. Und wieviele wohl unter den eingeschriebenen und eingeschworbenen Sozialdemokraten hatten damals von der gesellschaftlichen Frage eine klarere Vorstellung als Jacoby? Die Eisenacher nahmen darum seine Entwicklung mit Wohlwollen auf, aber nicht nur Bebel gewann 1876 einen ungemein günstigen Eindruck von dem bereits Einundsechzigjährigen, der ihm, ein scheinloser, kaum mittelgroßer, lahköpfiger Mann von zurückhaltendem Wesen, doch mit durchdringend blauen Augen, zwischen den Büchermauern seines Arbeitszimmers entgegentrat, sondern auch Marx freute sich sechs Jahre zuvor über das, was er Jacobys Befehrung zum Kommunismus nannte.

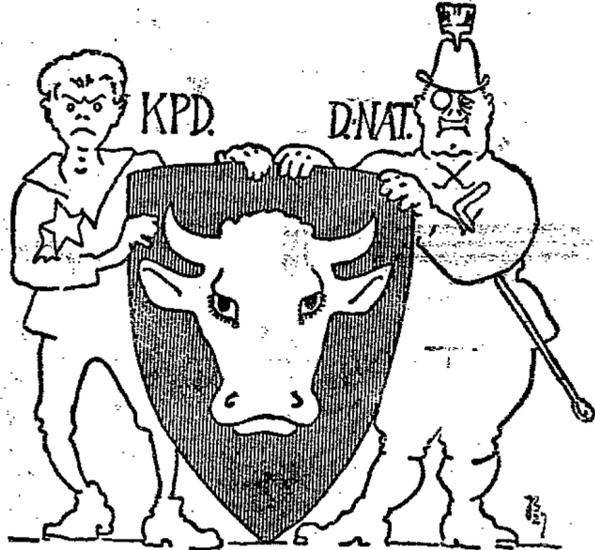
Wie seine Haltung zum sozialen Problem, so entsprang auch Jacobys Stellung zu den politischen Fragen der Zeit einem tief eingewurzelten, unausrottbaren Rechtsgefühl. Nicht umsonst stammte er aus Rants Vaterstadt, denn in Fleisch und Blut war ihm der Satz des Königsberger Weltweisen übergegangen: „Die wahre Politik darf keinen Schritt tun, ohne vorher der Moral gehuldigt zu haben“; unerschütterlich glaubte er in guten und schlechten Tagen daran, „daß es die ewigen Grundsätze des Rechts, der Sittlichkeit, der Freiheit sind, von denen allein die Wohlfahrt der Völker abhängt“. Da er mit einer erhabenen Größe, die jeden Hut vom Kopf zwingen mußte, nicht einen Finger breit von seinen Prinzipien wich, gegen den Obrigkeitsstaat und die Gewalt eifern, für den Rechtsstaat und die Selbstbestimmung der einzelnen und der Nationen verbend, erlitten er bald den sich geschäftig drehenden „Realpolitikern“ national-liberaler Spielart als Urbild eines starken Dogmatikers. Bismarcks Blut- und Eisenpolitik, die Verdrängung Oesterreichs aus Deutschland 1866, die Schaffung Kleindeutschlands durch den Norddeutschen Bund von 1867 und das Deutsche Reich von 1871 — gegen alles erhob er seine klare Stimme. Da mit dem Triumph der bismarckschen Pläne die Huldigung vor dem Machtgötzen und der Tanz ums goldene Kalb anhub, und ein toller Schwarm von Gewaltanbetern, Glücksrittern, Ordensjägern, Byzantinern, Gründern und Plusmachern auf die Bühne stürzte, glück Jacoby unter ihnen einem jener altromischen Senatoren, die in unbeweglicher Würde verharren, als die Barbaren in ihren Sitzungs-saal brachen. Aber, die Einheit ohne Freiheit, die der Tag von Sedan und von Versailles gebracht hatte, war ihm so sehr ein Fehen, daß er, Todfeind jeden Kompromisses, nicht einmal als Kämpfer auf den Boden der neuen Tatsachen treten wollte. Umsonst wurde ihm gerade von sozialdemo-

kratischer Seite vorgehalten, daß das Preußen der sechziger Jahre, in dem er doch parlamentarisch gewirkt habe, zum mindesten ebenso auf einem Rechtsbruch beruhe wie das Deutschland der siebziger Jahre, er blieb bei seinem unerbittlichen Nein! und wies ein Mandat ab, das ihm 1872 die sozialdemokratischen Wähler von Leipzig-Land errangen.

Allerdings dachte er bei dieser Ablehnung nicht daran, die Hände in den Schoß zu legen. Wie er 1849 davon durchdrungen war, daß die Geschichte des deutschen Vaterlandes auf ganz andere Art als durch parlamentarische Kämpfe entschieden würden, so glaubte er 1872, auch ohne Mandat das Seine tun zu können, auf Cobdens Wort fußend: „Alle großen Reformen sind außerhalb des Parlaments gemacht worden.“ Ueberhaupt war Jacoby eine aktivere Natur, als ihm das Schicksal zu zeigen gestattete. Beim Anmarsch der Gegenrevolution trug er 1848 in der Nationalversammlung unter der Losung: Das Vaterland ist in Gefahr! die Einsetzung einer Art Wohlfahrtsauschuss an und 1863 wollte er gegen das Kabinett Bismard wegen Verfassungsverletzung die Anklage erhoben sehen und rief die Bürger zur Steuer-verweigerung auf, aber 1848 wurde kein Wohlfahrtsauschuss eingesetzt, 1863 keine Ministeranklage erhoben und mehr als zwei preußische Steuerzahler verstanden sich auch nicht zur Weigerung der Abgaben. Hier liegt die Wurzel dafür, daß Jacoby seinen Widerspruch gegen den brutalen Stachschritt der Ereignisse schließlich bis zur reinen Negation und zum Boykott der parlamentarischen Tätigkeit trieb. Da er inmitten eines Bürgertums, dem der Glanz des Erfolges allemal über die Reinheit der Grundsätze ging, die Fahne der folgerichtigen und rücksichtslosen Demokratie hochhielt, liefen ihm die Anhänger davon, und da ihm die Anhänger davon liefen, vermochte er, ungehindert durch das Schwerkewicht einer großen Partei, die Reinheit seiner Grundsätze so zu erklären, daß sie sich von der staubigen Praxis des politischen Alltags ganz von selbst lösten. Eines bedingte das andere, und im Grunde war es ein tragischer Zirkel ohne Ende, in dem sich Jacoby bewegte.

Das aber ändert nichts an der sittlichen Größe, mit der er unter Bismard-Lafaien und Hoflieferanten, Hurra-schreibern und Erfolgsanbetern unbeirrt zu den Idealen seiner Jugend stand. Bis zum letzten Atemzug, den er am 7. März 1877 tat, vertraute er mit ungeminderter Zuversicht auf den Sieg der Demokratie und fühlte sich, betagt, wie er war, angefaßt „der greisenhaften Engbergigkeit und allberechnenden Klugheit“ des Nachwuchses merkwürdig jung, „jung, eben weil ich der Alte geblieben, weil meine Ansichten und Ueberzeugungen, meine Wünsche und Hoffnungen noch heute die nämlichen sind, wie ich als Jüngling sie im Herzen gehegt und gepflegt habe“. So erhebt sich Johann Jacoby als ein großer Lehrmeister der Gesinnungs-treue über eine gesinnungschwache Zeit. Und daß auch solche Gesinnungstreue ein Stück unergänglicher Macht darzustellen vermag, bewies 1918. Denn die Novemberrevolution knipfte den Faden dort an, wo er Jacoby vor einem halben Jahrhundert abgerissen war, und bestätigte zwar nicht seine Taktik, wohl aber sein demokratisches und soziales, großdeutsches und pazifistisches Ideal.

Das Mecklenburger Wappen



Solange diese beiden zusammenhalten, wird der Ochsenkopf Mecklenburgs Wappen bleiben.

Die Unternehmer provozieren

In einer dieser Tage stattgefundenen Sitzung des Arbeitsschutz-Ausschusses des Reichswirtschaftsrates gab die Abteilung I (Arbeitgeber) folgende Erklärung ab:

1. Sie hält die Voraussetzung für ein Notgesetz, das dem Arbeitsschutzgesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen, betreffend die Arbeitszeit vorgeht, weder nach Inhalt noch nach Zweck für gegeben.
2. Der Reichsarbeitsminister hat den Gesetzentwurf erst am gestrigen Tage mit der Erklärung zur Kenntnis gebracht, daß er das Gutachten des Reichswirtschaftsrates nicht abwarten könne. Zu der hiernach auch dem Reichsarbeitsminister unerlässlich erscheinenden sorgfältigen Durchberatung fehlt tatsächlich die notwendige Zeit. Eine über-eilte Durchberatung lehnt die Abteilung ab.

Das Scharfmachertum in Reinkultur! Eine dreifache Kampfanlage an die Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft wird den Forderungen entgegenkommen. Der Kampf für den Achtstundentag wird mit der größten Energie fortgeführt werden.

Die Jagd nach der Braut

Eine Geschichte zwischen Vachen und Weinen

Von Alfred Schirfauer

2. Fortsetzung (Nachdruck verboten)

„Ich sehe da — den Revolver in der Hand und bewache sie.“
„Na — und?“
„Da steht dieser Balg auf, sagt: „Sehen Sie das offene Fenster dort, Daddy?“ Sie sagt immer Daddy zu mir.“
„Ich weiß. Weiter.“
„Ich sagte: „Glauben Sie, ich bin blind?“ Sie sagte, sie glaube es nicht.“
„Weiter doch. Machen Sie nicht so viel Worte!“
„Sie wollen doch, daß ich es erzähle.“ grüßte Jeremia. Bill blühte in stummer Verzweiflung zur Dede.
„Nachdem sie also gesagt hat, sie halte mich nicht für blind — mich, der ich auf fünfzehnder Meter jeden Haken treffe — was tut sie? Was glauben Sie, was sie tut?“
„Ich weiß es nicht. Sonst würde ich Sie nicht fragen.“
„Sie geht zum Fenster.“
„Zu dem Fenster da. Ja. Dort dreht sie sich zu mir um, sagt: Sie werden es ja doch nicht über sich gewinnen, auf ein wehrloses Mädchen zu schießen, macht einen Knids, ruf: „Daddy, Daddy!“ und hinaus ist sie.“
„Zu dem Fenster?“ Das war wieder Bobs fröhliche Stimme.
„Und Sie?“ ächzte Bill.
„Um! Was sollte ich tun? Sie hatte doch vollkommen recht. Bin ich imstande, auf ein wehrloses Mädchen zu schießen? Ich nicht!“
„Hoot war vor Grimm und Jörn sprachlos. Das war vielleicht gut. Denn die Worte, die er gesprochen hätte, wenn er hätte sprechen können, würden fraglos zu einer Beleidigungs-lage geführt haben.“
„Bob aber fragte launig: „Ohne Hut und Jackett. So, wie Sie war, ist sie hinausgesprungen?“
„Genau so.“
„Ja — aber —“ Hoot hatte sich zu Lauten durchgerungen — haben Sie sie denn nicht verfolgt?“
„Wofür hatten Sie mich?“ schmolte Jeremia. „Natürlich bin ich ihr nachgelaufen. Und ich kann Ihnen sagen, ich war ein Champion im Wettlauf zu meiner Zeit. Aber leider ist das lange her. Sie gewann immer mehr Boden. Und schließlich gelang sie in ein Auto und entsprang meinen Blicken.“
„Erhöht von so viel Unverständnis, ließ Hoot sich in einen Sessel fallen.“
„Um.“ räusperte er sich nach einer Pause, die, obwohl kein Kompliment für den gedrohenen Vater war.

„Um.“ räusperte sich nun auch Bob. Er hielt es für klug, nun endlich doch auch einige Entrüstung zu zeigen, obwohl er am liebsten einen Rag-time getanzt hätte.

Aber mitten in seiner Freude überfiel ihn ein herzbelebendes Weh. Es kam über ihn, daß er sie nun verloren hatte. Vielleicht für immer. Höchstwahrscheinlich für immer. Denn, daß der Zufall sie noch einmal in die Hände spielen würde, glaubte er nicht. Mit Recht. Sie war ihm verloren. Nie würde er sie wiedersehen. Nie sie aus den Klauen dieser drei Räubererte erlösen. Zugrunde würde sie nun gehen, ohne Erbarmen. Im Zuchthaus endigen. Ohne Gnade.

Er brach zusammen.
„Da“, sagte Hoot und deutete mit dem Finger auf ihn, „da sehen Sie, was Sie angerichtet haben. Mit Recht verzweifelt der arme Junge dort. Wie sollen wir nun die Spur seiner Braut wiederfinden?“

„Ja — a propos.“ rief da der Greis. „Was war denn in Strooklyn?“
Hoot berichtete. Als er geendet hatte, sprang Jeremia auf. „Und da wagen Sie, mir Vorwürfe zu machen!“ schimpfte er mit Würde.

„Mir, der ich nur ein schlichter Baumwollpflanzler aus dem Volke bin. Sie aber sind höherer Polizeibeamter. Sie wollen Polizeibeamter sein! Ein Puschler sind Sie, daß Sie es nur wissen. Ein elender Puschler und Stümper. Ein lächerlicher Anfänger. Ein —“

Bob hörte nichts von dem Geschimpfe.
Er hatte Elmor für immer und damit für alles andere das Interesse verloren. Aber Hoot hörte. Ihm war das einzige Mädchen, das er je geliebt hatte und je lieben würde, für immer entglitten. Er hörte. Er hörte vertrackt gut. Er vernahm eine ehrenrührige Flut von Herabsetzungen seiner Berufs-tätigkeiten auf sich herniederprasseln. Er brauste auf, denn er war kein Lamm. Vielleicht in Jeremias Meinung ein Schaf. Aber ein Lamm war er nicht.

„Ich verbitte mir Ihre Kritik“, polterte er los. „Ich würde den ganzen Krempel hinschmeißen, wenn ich Florence nicht so innig —“
Er brach ab. Dann sagte er ruhiger:

„Ich habe Ihre Mitwirkung satt. Mehr als satt, kann ich Ihnen sagen. Aber es war mein Fehler, mit euch Leuten zu arbeiten. Ziehen Sie jetzt Ihre Finger aus der Sache. Das rate ich Ihnen, wenn Sie Ihre Tochter wiedersehen wollen. Ich gehe jetzt zur Polizei: Ob die Sache an die große Glocke kommt oder nicht, ist nun egal. Ich werde alle notwendigen Schritte mit dem Chef der Kriminalabteilung besprechen. Sobald ich etwas Positives weiß, erhalten Sie Nachricht. Guten Abend.“

Zurück blieb ein verstörter Vater und sein fassungsloser Schwiegerohn. Doch der Gegenstand ihres Kummers war nicht ganz der gleiche. Er sollte es noch an diesem Abend werden.

XVI.

Das Speisezimmer, das heute einen so angeregten Lärm gesehen hatte, ward zum Zeugen eines zerquält trübseligen und einsilbigen Mittagmahles.

Jeremia kauzte zwischen jedem zehnten Bissen schwer vor sich hin.

Er kauzte oft, denn seine Bissen waren zahlreich.
„Es hat keinen Zweck zu hungern und von Kräften zu kommen, mein Sohn“, verkündete er, als sie sich zu Tische setzten. „Im Gegenteil, mir scheint, unsere Muskeln und Nerven müssen für noch mancherlei ernährt und gewappnet werden.“

Damit steckte er die Serviette unter das rechte Doppelkinn und tat, freilich unter Stöhnen und Achzen, dem leeren Mahle Gerechtigkeit an.

Robert aber schwieg und berührte trotz der Mahnung des Schwiegervaters keinen Bissen. Rein Wunder, er hatte in weniger als vierundzwanzig Stunden die Braut und die Geliebte seines Herzens vielleicht und wahrscheinlich auf ewig verloren.

So etwas wirkt in den seltensten Fällen appetitlos.
Mit Mühe gelang es ihm, einige Glas Wein hinzuzufügen.

„Du fatest doch eine Kleinigkeit wenigstens zu dir nehmen“, warnte wieder der Alte und kauzte kläglich.

Bob schüttelte nur gramvoll das Haupt.
Seht schätzte Jeremia mit der Junge und suchte in der Westentasche seinen silbernen Zahnstocher, eine sinnige Geburts-gabe seines unglücklichen entführten Kindes. Er fuhr mit beiden Händen in je eine der Taschen, denn der Standort dieses wichtigen Körperpflegegerätes war bald links, bald rechts.

Da knisterte etwas unter den tastenden Fingern der Rechten. Verwundert zog Ronald einige zusammengefallene Kürtchen hervor und schlug sie forschend auf.

Dann erkannte er ihr Wesen und nickte schicksalsschwer vor sich hin.

Es waren drei Karten für die Alhambra. Er betrachtete flüchtig diese Merkmale einer sorgfreien glücklichen Vergangenheit.

„Da“, sagte er tränenfeucht und wies dem Schweigenden Tischgenossen die Billetts, „dahin wollten wir heute Abend mit der armen Florence gehen.“

Er wischte mit dem Handrücken über die Augen.
Bob blühte kurz auf und verzank wieder in das Labyrinth seines Ungemaches.

Mechanisch drehte Jeremia die kleinen Pappstreifen zwischen den Fingern.
(Fortsetzung folgt)

Straßenperrung

Die Königstraße wird auf der Strecke von Geibelplatz bis zur Pfaffenstraße vom Mittwoch, den 9. März ds. Js., ab wegen vorzunehmender Straßenarbeiten für den Fuhrwerksverkehr bis auf weiteres gesperrt sein.
Lübeck, den 8. März 1927.

3116 Das Volkzeamt.

Ausschneiden! (3089) Ausschneiden! Neuwahlen zur Gewerbeamtmer

Die gemäß der Ordnung für die Lübeckische Gewerbeamtmer vom 10. Februar in der durch Nachtrag vom 10. August 1921 abgeänderten Fassung vorzunehmenden Neuwahlen zur Gewerbeamtmer finden an den nachstehenden Tagen statt, unter Leitung des Wahlprüfungsausschusses, der sich zusammensetzt aus den Herren:

- a) **Handwerksabteilung:** Klempnermeister Georg Thode, Uhrmachermeister Rudolf Kähler, Bäckermeister Fr. Kule; Stellvertreter: Direktor G. Göing
- b) **Industrieabteilung:** Direktor C. Hoffmann, Direktor Fr. Cornells, Direktor C. Runze; Stellvertreter: Fabrikant Fr. Schramm und Rat Dr. Mendorf für beide Abteilungen als Schriftführer.

a) Wahlen zur Handwerksabteilung am Montag, dem 28. März 1927 von 2-6 Uhr nachmittags im Gewerbehaus Breite Straße 10

Für jede Gruppe ist ein Vertreter zu wählen.

Gruppe Gewerbe Wahlvorschlagn

- 2 **Berfertiger von Maschinen, Werkzeugen und Apparaten, Mühlenbauer, Schiffbauer, Büchsenmacher usw., Berfertiger von Zentralheizungen, Nagelschmiede usw., Berfertiger von Lederwaren, Eisen- und Kesselschmiede, Grabschmiede, Werkzeug-, Waffen- und Hufeisenschmiede, Schloßer, Berfertiger v. Goldschmücken, Reparatoren v. Automobilen, Fahrrädern u. Nähmaschinen, Messerschmiede, Scheren-, Messer- u. Werkzeugschleifer, Feilenbauer**
Schmiedemeister Johs. Brindmann
Schloßermeister Ludwig Jäger

- 7 **Schuhmacher, Stepper, Berfertiger von gefärbtem und lackiertem Leder, Treibriemen, Kanilshut- und Guttaperchawaren, Arbeit- und Isoliermaterialien, Spielwaren aus Leder usw., Gerber, Berfertiger von Gerbstoffen und Holzextrakten**
Schuhmachermeister Fr. Rosenbergh
Schuhmachermeister Otto Rogmann

- 8 **Schneider, Schneiderinnen, Hut- und Mützenmacher, Hütmacher und Hütmacherinnen, Kürschner und Pelzwarenzurichter, Berfertiger v. Fäße, Krawatten, Holentzägern und Korsetts, Stricker, Handschuhmacher, Tischtopfer, Wäsche-, Bekleidungs- u. Teppichreiniger, Färber, Tischbereiter, Spinnereiere, Dekorateure, Puppenmacher, Berfertiger von künstlichen Blumen u. Federbüscheln**
Schneidermeister Joh. Zwerg
Schneidermeister Heinz Wehring

- 10 **Fleischer und Berfertiger von and. animalischen Nahrungsmitteln (Butter und Käse, Margarine), Hersteller von Konjekten, Tran, Berfertiger von künstlichen Düngstoffen (Knochenmehl, Abfallerzien), Berfertiger von Licht, Seifen und Parfümerien**
Schlachtermeister Friedrich Paetian
Schlachtermeister Paul Frotlich

b) Wahlen zur Industrieabteilung am Dienstag, dem 29. März 1927 von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags im Gewerbehaus, Breite Straße 10
Es sind 4 Vertreter zu wählen.

Wahlvorschlagn:

- 1. Direktor Gustav Schefflig i. Fa. Schefflig & Kule, 1-5.
- 2. Direktor Richard Born i. Fa. Rubeca-Werke, G. m. b. H.
- 3. Direktor Jacob Dreher, Hochofenwerk Lübeck A.-G. Frig. Emers i. Fa. Frick, Emers & Sohn
- 4. Fabrikant Ernst Almer i. Fa. G. Thorenberg
- 5. Direktor Albert Bräuner, Drägerwerk, Heintz & Bernh. Dräger
- 6. Fabrikant H. Klüppmann i. Fa. Sager & Klüppmann
- 7. Alfred Peters, Geschäftsführer, W. Brüggemann & Sohn, Kom.-Ges.

Anträge auf Ergänzung des Wahlausschusses sind innerhalb 7 Tagen bei der Gewerbeamtmer zu stellen. — Der Wahlausschuss muß durch weitere Namen ergänzt werden, wenn ein Drittel der zufälligen Wähler (bei den Wählern zur Handwerksabteilung ein Sechstel der Wähler jeder zufälligen Gruppe) dies schriftlich verlangt. — Der Wahlausschuss der Gewerbeamtmer.
J. E. Dr. Alendorff, Schriftführer.

Gedenket der Verstorbenen durch Unterhaltung einer würdigen Grabstätte

NBL

Grabpflege

Die Bestellungen auf Pflege der Grabstätten, die bis Ostern fertiggestellt werden sollen, bitten wir baldigst in der Geschäftsstelle aufzugeben (3098)

Notgemeinschaft für Bestattungen zu Lübeck e. V.

Hundestraße 49-51



Kaufmann. Lehrling

mit guten Schulzeugnissen von einer hiesigen Maschinenfabr. z. Ostern gel. (3092) Ang. u. H 900

Frau I. Morgenstern, Ang. u. H. 995 a. d. Expedition.

Wöchte meine abgeschl. 2-Zimmer-Wohnung geg. 3-Zimmer-W. tauschen. (3099) Meierstr. 43, I, L.

Guterh. R-Sportwag. m. Berde z. off., 15 H. (3100) Luitensstr. 42, II, I.

Für die herzliche Teilnahme und zahlr. Kranzspenden b. dem Heimgang unseres lieben Sohnes herzlichen Dank.

Im Nam. d. Hinterblieb.: Joachim Westphaling und Frau geb. Neumann

Jadenburg 17 (3113)

S. guterh. Vertiko u. Sofatisch billig zu verk. (3108) Drögestraße 5a, II.

MILD AROMATISCH



REEMTSMA CIGARETTEN

GIDON

4 PFENNIG

Schlesier-Verein
Sonnabend, den 12. März 1927
Grosser Ball

anlässlich der 25. Gründungsjahr im Konzerthaus Lübeck
Anfang 8 Uhr Ende 5 Uhr
Mitglieder 20 Pfg., Nichtmitglieder 1 RM
Tanzpaare werden durch Gesangs- u. humoristische Vorträge ausgefüllt

Kolosseum

Morgen, Mittwoch:

Tanzkränzchen

Flotte Jazzband-Musik

Anfang 8 Uhr (3084)

DAS BESTE

der weltberühmte
» **Bemberg** «
Seidenstrumpf

aus bestem Material mit Maschenfang, z. T. mit kl. Schönheitsfehlern

nur **2** 95

KARSTADT

Ein Herren-Rad zu off. (3109) Fischergrube 21.

Elegantes Maskenkostüm Tänzerin, zu vermieten. (3097) Steinzaderweg 9c.

Neue Möbel auf 12 Monate Kredit
Stühle, Möbellager
Breite Str. 21 Hinterhaus (3096)

Zahle höchste Preise für **Felle**
Tierhaare Wildfelle wie Fuchs, Marder, Iltis usw.
Josef Wagner Spezial-Fell- und Hautgroßhandl. Dankwartstraße 26 Holtenstraße 8 Tel. 3414

Guattartoffeln

frühe Vaukens Zucht
" Kaiserkrone
" Rosen
" Obenwälder
späte Industrie
" Untodate
" Woldmann
in nur besten Qualitäten zu billigsten Preisen.

E. Möller
Engelsgrube 63
Telephon 3897. (3110)

SOWA
In den Drogerien zu haben (3082)

Alte **Buttermilch**
bestes Schweinefuttermittel gibt laufend ab
Hollten-Meierei
Lübeck, Reiteisch 14

Promenadenwagen Klappsportwagen
in allen Farben, neueste Modelle, Brennbabor, Naether u. a., ganz besonders preiswert.
Auf Wunsch Teilzahlung!
Ernst Brandes Königstraße 36 gegenüb. Katharinenurt

Stadtmemoria

heute

Lyon-Obwand

für die beliebte

Waisan-Georgalla

Baygl Drauffal

Stiele Ueberrückungen



With. Strangmann

im 70. Lebensjahre

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. (3085)

AL. Verdingung findet am Dienstag, dem 8. März, 9: Uhr, auf dem Bergstr.-Friedhof statt.

Lübecker Bürgerschaft

Überreichung des Haushaltsplans für 1927 / Schulvorlagen / Aufwertungsfragen

b. Lübeck, 7. März

Eine ruhige Sitzung — Bedenkliche Zahlen

Fast schien es so, als ob der dicke Quartband, der Montagabend ausgeteilt wurde, den Volksvertretern schon vor dem Durchblättern das Herz etwas bedrückte. Es war der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1927, in dem die Befürden alle ihre Wünsche in trockenen Zahlen ergebnis an das Licht der Öffentlichkeit bringen. Dieses Buch, dessen Erscheinen der Wortführer Ehlers freundlichst ankündigte, ist die Gewissensgrenze der Bürgerschaftsmittglieder. An ihr schleifen sich alle Phrasen ab, messen sich Wollen und Können. Mit rund 4 Millionen Unteranschlag ist die Jahresbilanz eingeseht, um rund 6 Millionen haben sich die Ausgaben vermehrt, sie sind bereits auf über 35 Millionen angewachsen. Also immerhin einige Kleinigkeiten, die bewertet werden müssen und deren vorläufiges Bewußtsein jeder Fraktion bei den Beratungen über Staatsnotwendigkeiten einige Reserve auferlegen. Außer den Kommunisten natürlich, die zu jeder Zeit Klameantträge zum Ausverkaufspreis parat haben. Nebenbei auch einige Gemeinheiten, über die sich der Kenner aber nicht mehr weiter aufregt, insofern er Leser ihres marktchreierischen Wasserfontanorgans ist.

Von Bedeutung, finanzieller und persönlicher Art, waren nur die Schulvorlagen und der Aufwertungsantrag Dr. Rohmeiers. Zum Teil handelt es sich um Mißvorschriften, wie bei der Akademisierung der Lehrkräfte an den höheren Mädchenschulen, zum Teil um den Ausbau der letzteren. Das Protokoll ist nur insofern daran interessiert, als all dieses Kosten verursacht, denn leider wird es in absehbarer Zeit nicht dazu kommen, seine Töchter in diese exquisiten Anstalten zu schicken. Das darf für uns aber keinen Grund bilden, dem Fortschritt in den Weg zu treten. Mehr Aufmerksamkeit erregt schon die Maßnahme, daß von Ostern ab und wahrscheinlich drei Jahre lang in der v. Großheimischen Realschule keine Schüler mehr aufgenommen werden sollen. Denn hier und da ist auch ein Protokolljunge darunter, dessen Eltern den letzten Groschen anwenden, um ihn eine höhere Schule besuchen zu lassen. Aber auch hier leiten uns keine selbstlichen Triebe. Wir haben ein solch weitläufiges höheres Schulwesen, daß wir uns in unserem kleinen Ländchen schon vorsehen müssen, den neuen Etat mit über 5 Millionen Mark Ausgaben für die Schulen, denen nur 758 000 Mark Einnahmen gegenüberstehen, nicht zu überspannen, obwohl gerade für das Bildungswesen die Sozialdemokratie noch nie knauserig war. Wir wollen nicht unnötig wiederholen; wir sind aber, wie in einem schuldigen Artikel bereits dargelegt wurde, mit der Oberlehrerbehörde der Ueberzeugung, daß wir uns nicht den Luxus leisten können, in der v. Großheimischen Realschule einen Klassenzug mit 22 und im Katharineum einen solchen mit 16 Schülern laufen zu lassen, während Preußen bis zu 50 Schüler in einer Klasse vorschreibt. Eine solche Großzügigkeit erlaubt unser 4-Millionen-Defizit nicht. Eine Schule muß eben, wenn kein Zufall stattfindet, verschwinden. Wenn dadurch das Katharineum als patrizische Standeschule Einbuße erleidet, so schadet das gar nichts. Verschwiegen darf auch nicht werden, daß es weder Eltern noch Schülern etwas schadet, wenn ihre Söhne die Realschule am Katharineum besuchen, denn das kostet keinen Pfennig mehr als in der v. Großheimischen Realschule und der Lehrplan ist der gleiche. Wir finden hier so ziemlich analog wie bei der Einführung der Grundschule Eigenbüchel von Lehrern und Eltern, um den sich die berufenen Sachwalter des Volkes nicht kümmern dürfen. Das beste wäre gewesen, die v. Großheimische Realschule wäre gar nicht erst verstaatlicht worden, man wüßte ja, daß sie vielfach ein Unterschlupf für mehr zahlungsunfähige geisteskräftige Köpfe war. Das hat sich ja erstallischerweise seitdem durch die tüchtige Leitung geändert, es ändert aber nichts an der Tatsache, daß wir sparlos zu wirtschaften gezwungen sind. Genosse Schermer legte unzweideutig unseren Standpunkt dar, an dem wir nicht rütteln. Die zweite Lesung wird die Entscheidung bringen.

Recht interessant zuweilen war die Debatte über den Aufwertungsantrag Dr. Rohmeiers, der die Erkenntnis über das Schwindeldemander der Rechtsparteien nur einige Jahre zu spät zum besten gab. Als Genosse Dr. Leber damals im Kolosseum dem Grafen Westphal auf die Füße trat und ihm ins Gesicht sagte, daß er Bluff verpasse, da stimmte doch so mancher Parteigänger Rohmeiers für die Deutschnationalen, zu denen auch Bürgermeister Dr. Neumann zählt, der bei der Fliegenden-Holländer-Fahrt des Hanseatenbundes zur Bürgerschaftswahl in demselben Irrlicht tanzte. Nun mußte der Antragsteller, den wir als ehrlichen Streiter ganz gewiß achten, doch einige gerechte Zwischenrufe einlegen. Die Hanseatenbündler schickten ihren Finanzier Stotterfoht vor. Er hatte wieder das Recht, einige große Ungenauigkeiten zu erzählen, aber doch die Ehrlichkeit aufgebracht, den Inflationswindel als Kriegsfolge zu brandmarken. Sein früherer Kollege Ewers schob die Verantwortung aller Epochen nach bekannter Manier auf die Revolution. Genosse Dr. Leber quittierte lachend auch diese späte Einsicht und korrigierte nebenbei in seiner Rede noch so manch anderes, das die Hanseatenbündler nicht wissen, obwohl sie 35 an der Zahl sind und schlau und weise sind. Deshalb haben sie sich diesmal gehäutet und für Ausschlußberatung gestimmt, während sie in der vorigen Sitzung den Mut aufbrachten, die Unterstützung des Antrages Dr. Rohmeier glatt abzulehnen.

Mitteilungen — Eingaben

Der Wortführer Ehlers gibt bekannt, daß der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1927 schon fertiggestellt sei und den Bürgerschaftsmittgliedern überreicht werde. — Der Wortführer teilt ferner mit, der Senat erhebe keine Einwendungen gegen die Forderung der Bürgerschaft, daß das Programm der Reichsarbeiten künftig im Einvernehmen mit dem Haushaltsausschuß festgelegt werde.

Zu den drei Schulvorlagen sind mehrere Eingaben eingelaufen. So von der Vereinigung ehemaliger v. Großheimischer Realschüler, dem Elternbund und dem Lehrerkollegium derselben

Schule, den Eltern, die ihre Kinder zu Ostern dort angemeldet haben, dem Elternrat der Ernestinenschule und verschiedenen Lehrer- und Lehrerinnenvereinigungen. — Eine Anzahl meist weibliche Bewohner Lübeds fordern die Errichtung einer Abortanlage bei der Drehbrücke. — Die Gesellschaft zur Beförderung der inneren Kolonisation hat Wünsche für ländliche Siedlungen. — Der Deutsche Textilarbeiterverband fordert Schutz der Schwangeren in dieser Industrie.

Einem sozialdemokratischen Ersuchen, dem Ausschuß für Unterricht, Kunst und Wissenschaft einen 3. Ersatzmann in der Person des Lehrers Waterkrat beizugeben, wird zugestimmt.

Der Eingabenausschuß ging über ein Ersuchen Schnadt ihn von dem gerichtsfällig auferlegten § 51 wieder zu befreien, wegen Unzuständigkeit zur Tagesordnung über. — Der Kommunist verleiht über die Antragsteller und erklärte, Obermedizinalrat Dr. Nibel habe ihm diese Achtung wesentlich falsch zugesprochen. Auch Dr. Link unterschreibt der Redner unläutere Motive.

Dr. Solmiß (Soz.) betont, der Bürgerschaft sei nach der Verfassung die Möglichkeit genommen, gegen diesen Gerichtsbefehl vorzugehen. Die Mitglieder des Eingabenausschusses seien erpönt über die Beschuldigungen gegen Dr. Link, von denen weder in der Eingabe noch im Ausschuß die Rede gewesen sei. — Klann (Komm.) erhebt Vorwürfe gegen den Senat und Dr. Link. Er wolle wissen, ob dieser die Sache geschoben habe. — Der Antrag auf nochmalige Zurückverweisung der Eingabe an den Eingabenausschuß wird abgelehnt.

*

In die 2. Kammer des Oberbewertungsausschusses beim Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck bzw. für den Gewerbesteuerausschuß wird an Stelle des Geschäftsführers Kuppnaur Zimmermeister Willi Beese und an Stelle von Dr. Kähler Apotheker Adolf Brandt gewählt.

Ein kommunistischer Dringlichkeitsantrag, den Kindern Erwerbsloser, die Ostern schulenlassen werden, je 100 RM. Einkleidungsbeihilfen zu gewähren, wird abgelehnt.

*

Der ständige Senatskommissar Niebour gibt bekannt, daß sich der Senat zu dem Ersuchen, bei Straßenbau und Siedlungsanlagen Sport- und Spielplätze in Betracht zu ziehen, weiteres vorbehalt. — Die für 1926 vorgezogenen 3 Millionen für den Wohnungsbau seien bis auf 370 000 RM. verbraucht. Um die Arbeiten zu fördern, seien vorläufig weitere 800 000 RM. aus den für den Wohnungsbau 1927 vorgezogenen Mitteln bereitgestellt worden. — Das Gesetz über die öffentliche Fahrsfahrtspege soll vorläufig der vorgesehenen Revision nicht unterworfen werden, da in den 10 Monaten seines Bestehens nicht genügend Erfahrungen gesammelt werden konnten.

Senatsanträge

Erlaß eines Gesetzes über die Gebühren der Rechtsanwälte in Aufwertungsfragen. — Dr. Görz (Soz.) betont, das Lübedische Gesetz beruhe auf dem schäblichen, nur habe Lübed für die Gebühren 8 Zehntel statt 5 Zehntel wie Sachsen festgesetzt. Im Ausschuß sei gesagt worden, daß Lübed keine Ursache habe, höhere Sätze festzusetzen. Die Minderheit habe auf den höheren Beträgen bestanden, die für den kleinen Stadtstaat angebracht seien. Der Redner betont, die Senatsvorlage komme zu spät, da die meisten Fälle bereits abgerechnet seien. Man solle es wie in Hamburg machen und in jedem einzelnen Falle die Gebühren vom Gericht festsetzen lassen. — Senator Dr. Vermehren sagt, der Senat könne zum letzten Wunsch des Redners erst Stellung nehmen, wenn die Bürgerschaft gesprochen habe. Es sei wünschenswert, daß die Sache erledigt werde. — Die Senatsvorlage wird mit den Änderungen des Ausschusses mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Die Schulvorlagen

Schaffung von weiteren Stellen für akademisch gebildete Lehrkräfte an den höheren Mädchenschulen.
Errichtung eines Oberlyzeums.
Umwandlung des Realgymnasiums des Katharineums in eine Realschule.

Breinig (Soz.) beantragt alle drei Vorlagen dem Ausschuß für Unterricht, Kunst und Wissenschaft zu überweisen. Der erste Antrag erscheine an sich spruchreif, eine Eingabe aber sage, daß man die Sache verschieben könne, um Härten zu vermeiden. Wir seien auf auswärtige Kräfte angewiesen, die in ihrer Mehrheit jedoch als möglichste feste Anstellung forderten. Eine Nichtaufgabe beeinträchtigt die Qualität der Bewerber. Auch bei den Bewerberlehrern, Junglehrern und -lehrerinnen seien wir auf auswärtige Bewerber angewiesen. Aus Lübed Stammbende sollten bei Gleichwertigkeit berücksichtigt werden. Bei der zweiten Vorlage habe die Oberlehrerbehörde verkündet, die Gutachten der Schulkammern und Elternräte zu hören. Die Errichtung des Oberlyzeums am Falkenplatz bedürfe besonderer Prüfung. Auch die Ueberleitung der Sexten von der v. Großheimischen Realschule an das Katharineum und der eventuelle Ausbau des Realklassenzuges zu einer Oberrealschule bedürfe genauer Nachprüfung.

Schermer (Soz.) unterstreicht die Kritik, daß man bei diesen entscheidenden Fragen Elternräte und Schulkammern nicht gehört habe. Ebenso betrübend sei die späte Zeit, in der die Vorlagen eingereicht wurden. Die Begründung der ersten Vorlage weise auf den Erlaß des preussischen Ministeriums vom März 1923 hin. In dieser langen Zeit hätte man sich in der Oberlehrerbehörde damit beschäftigen können. Wegen der Akademisierung dürfen Lehrkräfte, die sich im Schuldienst bewährt haben, nicht ohne zwingenden Grund versetzt werden. Auch den Seminarlehrern habe man versprochen, sie in gleichwertige Stellen an höheren Schulen unterzubringen. Der Vorlage über die von Großheimische Realschule stimmen wir zu. Wir betrachten sie, obwohl sie den Tod der Schule bedeutet, nicht von der gefühlsmäßigen Seite. Die ganzen Eingaben beweisen klipp und klar, daß viele persönliche und Gefühlsmomente mitsprechen. Wir müssen die Sache darum objektiv betrachten, den großen Geburtenrückgang und die ungeheuren Opfer für das höhere Schulwesen in Betracht ziehen. Wir müssen zur Ordnung kommen und wünschen das Eingehen der v. Großheimischen Realschule. Das Gebäude des Katharineums soll ausgenutzt, die Lehrkräfte verwandt und dort ein Realschulzweig aufgebaut werden, der sich wahrscheinlich zur

Oberrealschule auswächst. Der Ausschußberatung der beiden anderen Vorlagen stimmen wir zu, obwohl wir der Meinung sind, daß die Frage des Oberlyzeums durch die Senatsvorlage am besten gelöst wird.

Senator Vermehren hofft mögliche Beschleunigung der Ausschußberatung, damit noch vor Ostern definitive Beschlüsse gefaßt werden können. Den Einwänden gegenüber, daß Elternräte und Schulkammern nicht gehört wurden, könne man verschiedener Meinung sein. Die Wünsche der Elternschaft seien von den Direktoren unterbreitet worden und diese hätten wiederum ihren eigenen Standpunkt in der Oberlehrerbehörde ausgiebig vertreten können. Sie hätten dies auch in der Presse getan. Mit der Vorlage über die Akademisierung der Lehrkräfte habe man aus finanziellen Gründen zurückgehalten. Wir müßten der Vertragspflicht mit Preußen genügen. Der Redner verbreitet sich jedoch über die Frage der Frauenschule am Anzeum am Falkenplatz, die heute durchaus nicht präjudiziert werden soll und kennzeichnet die Maßnahmen mit der v. Großheimischen Realschule als reine Zweckmäßigkeitfrage. Die Sache sei ja für die v. Großheimische Schule lächerlich, Sentimentalitäten lägen jedoch nicht im Staatsinteresse. Mit der Zeit würden 50 000 Mark dauernd gespart. Wähle die Schülerzahl wieder, könnten die Schüler wieder zurückgeführt werden. Wenn aber eine höhere Schule entbehrt werden kann, können wir keine Zwangsschule aufrechterhalten.

Breinig (Soz.) ist der Meinung, daß das Eingehen der Schulleiter in die öffentliche Meinung durch den Landesökonomat Dr. Schwarz hervorgerufen worden sei. Da könnte jeder Schulmann als Privatmann auch seine Ansicht äußern.

Der erste und zweite Antrag wird mit großer Mehrheit einem Ausschuß überwiesen. Der Antrag: Umwandlung des Realgymnasiums des Katharineums in eine Realschule wird mit einfacher Mehrheit angenommen. Er bedarf einer zweiten Lesung.

*

Bergebung von Bauland in Erbbaurecht. — Wird angenommen.

Abänderung des Bebauungsplans für die Vorstadt St. Jürgen. — Wird angenommen.

Herrichtung eines Golfplatzes bei Travemünde. — Heinrich (Arb.) freut sich über die große Gefebredigkeit des Senats für das Bad Travemünde, wünscht diese aber auch für Spiel- und Turnplätze der Jugend. — Senator Niebour: Ein Teil der Spielplätze für die Lübeder Jugend ist in das Rofflandsprogramm eingeschlossen, das demnächst der Bürgerschaft zugehen wird. — Schmidt (Komm.) lehnt den Senatsantrag ab. — Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Bauliche Veränderungen im Schlachthof. — Wird angenommen.

Erhöhung der Schlachtgebühren für Kinder und Schweine. — Henk (Soz.) fragt, ob die dänischen Kinder zu billigerem Satz geschlachtet würden als die hiesigen. Ferner würden für Rottschlachtungen doppelte Gebühren erhoben. — Senator Straß verneint die erste Frage. Die zweite sei richtig. Die Maßnahme reultiere aus der Kriegszeit, wo die Landwirte die Verzehrung auf Rottschlachtungen mißbraucht hätten. — Henk stellt das Ersuchen, die Gebühren für Rottschlachtungen den gewöhnlichen Gebühren gleichzustellen. — Die Senatsvorlage wird angenommen, ebenso das Ersuchen Henks.

Die Aufwertung Lübeder Stadt- und Staatsanleihen

Antrag von Dr. Rohmeier: Die Bürgerschaft erlucht den Senat, in einem gemäß § 49 der Landesverfassung zu bildenden Ausschuß gemeinsam mit der Landesregierung zu prüfen, ob und inwieweit die Stadtanleihen der Stadt Lübeck und die Anleihen des Staates Lübeck auf Grund eines gemäß § 30 Abs. 2 und § 40 Abs. 2 des Anleiheablösungsgesetzes zu erlassenden Landesgesetzes unter Aufhebung der Verordnung des Senates vom 6. Juli 1926 abgelöst und verzinst werden können.

Dr. Rohmeier (Arb.) erläutert das Aufwertungsgezet, das den vom Reich begünstigten Anleihebesitzern vielleicht erst im Jahre 1956 ihr Geld gewährleiste und ihnen während der ganzen Zeit keine Zinsen bringe. Die Länder seien an die Normen nicht gebunden und könnten über Ablösung, Zinsen und Tilgungsquoten der Staats- und Stadtanleihen anderes beschließen. Die Werte seien durch die Inflation nicht vernichtet worden. Eine Vernichtung sei erst durch spätere gesetzliche Festlegung erfolgt, die Inflation ein politisches und banktechnisches Mandat gewesen zur Entschuldung der Industrie und des Großkapitals. Man habe die Werte von der einen zur anderen Seite geschoben. Der frühere Bürgermeister Dr. Neumann habe bei der Wahl gesagt, wenn etwas für die Sparer getan werden könne, werde es der Hanseatische Volksbund tun. (Zuruf Dr. Leber: Haben Sie das angeht?) Das sei, so meint der Redner, eine andere Frage. Die Städte hätten viel gekauft und hätten für alles Geld, aber nichts für die entwerteten Sparer getan. Das gebrochene Recht müsse wieder hergestellt werden. Gelber mit Bezahlen seien ausreichend vorhanden und es müsse verlangt werden, daß der Schuldner nach seinem Können die Verzinsung übernehme.

Stotterfoht (Soz.) bezeichnet die Inflation als Folgeerscheinung des Krieges. (Zuruf Dr. Leber: Immerhin ein Fortschritt, bisher war es die Revolution!) Die Forderung des Vorredners ginge zu weit. Was früher für Schuldentilgung aufgewandt worden sei, müsse heute das Wohlfahrtsamt an Unterhaltungen bezahlen. Auch den Hinweis, daß ein städtischer Betrieb Ueberflüsse abwerfe, könne man nicht gelten lassen, da andere wie die Heilanstalten große Zuschüsse erforderten. Der Haushaltsplan sehe 500 000 Mark als Zinsen für aufgewertete Anleihen vor. 1914 habe Lübed 75 Millionen Anleihen gehabt, 1918/19 102 Millionen aufgenommen, die für die Wohlfahrtspflege draufgegangen seien. Untere Anleihen machten etwa 90 bis 100 Goldmillionen aus. 70 bis 80 Prozent davon seien mitbest, der mit 12½ Proz. aufzuwerten wäre, so daß die Schuldentlast 9½ bis 10 Millionen betrage. Verzinsung und Tilgung erforderten mehr als 600 000 Mark. Wann und wie könne Lübed diese Beträge höher aufwerten. Ueberquans bleiben nur 5 bis 6 Prozent am Orte, das andere aese nach auswärts. Eine höhere Aufwertung würde auch Schwierigkeiten beim Finanzarsaleich bringen. Die bürgerschaftlichen Parteien hätten trotz dieser Sachlage Verständnis für die Sorgen der Rentner. Auch bei einem neuen Reichsgesetz werde nichts herauskommen. (Zuruf Haut: 1924 sprach man anders!)

Klann (Komm.) beruft sich auf die Stellung der kommunistischen Reichstagsfraktion bei der dritten Steuernotverordnung. Die Frage der Aufwertung sei auch in Lübed ein unlösbares kapitalistisches Problem. Die Kommunisten seien Gegner einer

allgemeinen Aufwertung, sie wollten keine neue Besitzsicht schaffen und würden niemals Sütlerin des Privatigentums werden, wohl aber dazu beitragen, den bedürftigen Kleinbürgerlichen Teilen eine lebenslängliche Rente zu sichern.

Dr. Leber (Soz.) erklärt, Herr Stolterfoth habe etwas wirre Ausführungen gemacht und damit seiner Sache wenig gedient. Die Schuldenlast betrage höchstens 70-80 Millionen, von denen etwa 1/4 für die Aufwertung in Frage komme. Die Aufwertungsfrage habe in der großen Politik lange genug gespielt und könne hier beiseite gelassen werden. Für uns Sozialdemokraten handelt es sich darum, die Frage der Aufwertung der überflüssigen Anleihen und den Sonderantrag von Dr. Lohmeier sachlich zu prüfen. Wir haben erstens zu fragen, ist die Höhe der Aufwertung von 12 1/2 Prozent das Gegebene oder kann man darüber hinausgehen und zweitens, ist das System der Aufwertung richtig oder nicht. Dr. Lohmeier hat leider nicht mit der nötigen Schärfe herausgearbeitet, daß Länder und Gemeinden im Aufwertungsgezet verschieden behandelt sind. Die Länder müssen 12 1/2 Prozent aufwerten, können aber auch mehr geben. Die Gemeinden müssen mindestens 12 1/2 Proz. geben, können aber auf Antrag des Treuhändlers gezwungen werden, bis zu 25 Proz. zu geben, wenn die Aufwertung ergibt, daß die Gemeinden eine höhere Aufwertung sehr wohl vertragen können. Seinerzeit wäre ein Antrag von Dr. West beinahe angenommen worden, der die Sanjstädte nicht wie Länder, sondern als Gemeinden behandelt wissen wollte. Die Sanjstädte wiesen nach, daß sie besondere Ausgaben über die Städte hinaus hatten, Lübeck z. B. für den Elbe-Trave-Kanal, Hamburg für Hafenanlagen und daß beide Städte während des Krieges die großen Verordnungen aus eigenen Mitteln aufbringen mußten, die anderen Städten von den Ländern abgenommen wurden. Diese Städte haben gesagt, daß sie auf Grund ihrer besonderen Lage es sich zur Ehrenpflicht machen würden, mehr zu geben als den Mindestsatz von 12 1/2 Proz. Wir können aber heute nicht entscheiden, wie wir ihr genügen können. Das muß sich im Ausschuß herausstellen. Auch Hamburg trägt sich mit dem Gedanken, über den Mindestsatz hinauszugehen. Aber das sind rein finanzielle Fragen. Nun zur Frage des

Systems der Ablösung öffentlicher Anleihen. Das System, zu dem der Reichstag gekommen ist, wirkt heute noch lächerlicher als am Tage der Einführung. Ein alter Anleihebesitzer, der dem Staat 10 000 RM. geliehen hat, erhält ein Papier, lautend auf 1250 RM. Er kann das Papier ruhig in den Kamin hängen wie eine Urur, von der man nicht abschneiden darf. Das Papier ist nichts, er erhält keine Zinsen dafür, es hat nur einen Zweck, wenn er warten kann, bis die Reihe der Auslösung an ihn kommt. Vielleicht nach 15 Jahren. Er ist längst gestorben und der Wohlfahrtspflege zur Last gefallen. Die Erben erhalten dann etwa 2000 RM. Der Verkauf eines solchen Papiers wird heute mit 650 RM. bewertet. Die alten Leute verstehen sich schlecht dazu, es zu verkaufen, sie wollen den Erben etwas hinterlassen. Heute sieht man ein, daß dies System falsch war. Ein neues Gesetz ist in Vorbereitung. Dr. Reinhold wollte das Auslösungsrecht in festverzinsliches Papier umzuwandeln, das zu 5 Prozent verzinst wird. Der Reichstag wird sich voraussichtlich mit dem Gesetz beschäftigen, es ist aber ungewiß, ob sich eine Mehrheit für den demokratischen Antrag findet. Wir stehen beiden hier besprochenen Fragen sympathisch gegenüber. Die Frage der Höhe hängt mit finanziellen Erwägungen zusammen, in der Frage des Systems wollen wir jedem Deutschen so gut als möglich helfen. Im Ausschuß wird es vorbehalten bleiben, sachliche Gründe darzulegen und Beschlüsse zu fassen.

Nach weiteren Bemerkungen Dr. Lohmeiers und Stolterfoths betont Dr. Leber noch, daß im Aufwertungsaußschuß Lübeck erklärt habe, es habe 75 Goldmillionen Anleihen, die für die Aufwertung in Frage kommen. Die Ausschußberatung wird beschloffen.

Ein Antrag Heinrich und Genossen findet genügend Unterstützung. Er lautet: Die Bürgerchaft ersucht den Senat, ihr eine Berechnung über die einmaligen und laufenden Kosten der Errichtung eines Warmbadehauses mit Schwimmhalle unter Vergleichender Berücksichtigung der Verhältnisse in einer Anzahl anderer Städte vorzulegen. Schluß 8 1/2 Uhr.

minderte sich als Folge der durch den englischen Grubenarbeiten freit eingetretenen Verschärfungen in der Kohlenbeförderung von 48,1 Prozent auf 45,9 Prozent (1913: 60,1). Der Güterverkehr über See in den deutschen Häfen nahm 1928 gegenüber dem Vorjahre um etwa 20 Prozent zu. Er betraf sich demnach auf 72,5 seines Vorkriegsumfanges.

Der Stand der Erwerbslosen

Am 2. März belief sich die Zahl der Erwerbslosen an Orten auf 4808 (Vorwoche 5094)

Davon entfallen auf:	Vorwoche
Landwirtschaft	98
Metallgewerbe	927
Holzgewerbe	159
Nahrungsw. u. Genussmittelgewerbe	76
Baugewerbe	394
Rufler	87
Kaufleute u. Bureauangestellte	421
Ungelernte Arbeiter	1779
Jugendliche Arbeiter	141
Erwerbsbeschränkte	127
Versehrte Berufe	293
Frauen und Mädchen	356
4808	5094

Theater und Musik

Stadttheater

Urruh: Bonaparte (Vorbericht).

In dem durch die Volksbühne bis auf den letzten Platz gefüllten Stadttheater sollte gestern abend Fritz v. Urruh's jüngstes Monumentalwerk zum erstenmal über die Bretter. Das Drama, keineswegs frei von Schwächen, aber groß an Sprache und Gedankentief, ein Standardwerk unserer Tage, ist unter Feldmann's traffer Regie die Zuschauer von Akt zu Akt fester in seinen Bann. Nach den ersten Aufzügen Kühle, zum Schluß elementarer Beifallsturm. Ausführliche Besprechung folgt morgen.

Filmchau

Stadthallen-Lichtspiele. Dagfin. Ein Golem, ein Schicksalsschalken schwebt über diesem ausgezeichneten Produkt der Phoebus-Film-A.G. Die Träger der Hauptrollen, Paul Wegener, Paul Richter und Marcella Albani reizen durch ihre große Schauspielkunst den Zuschauer umherstehend mit. Aber auch die übrigen Darsteller zeigen sich in Glanzrollen. Gibt schon der Stoff, der dem Film zugrunde liegt, dem tüchtigen Regisseur Material genug, um großzügig zu walten, so noch mehr die Gegend, die ausgewählt wurde: um einen nachhaltigen Untergrund zu schaffen. Bis 3000 Meter Höhe hinauf in die Berner Hochalpen wurde der Kurbelkasten getragen und eine Alpenwelt erschlossen, die zu schauen verhältnismäßig sehr wenigen vergönnt ist. Dort in den Bergen entrollt sich das Gesicht der Menschen, die Berner Schöpfung in seinem Roman Dagfin schilbert, die der Regisseur Joe May auf der Leinwand mit Herz und Seele verflochten und auch sonst in prächtige Umgebung zu versehen wußte. Eines der wenigen Filmprodukte, von denen man rühmend lobend sprechen kann und das in den Stadthallen-Lichtspielen in klaren Bildern Laufende festsetzt. — Cohen kontrast Miller betitelt sich ein Lustspiel, ein Amerikaner alten Schlags, das wieder einmal beweist, mit wie wenig Witz sich die Yankee's betören lassen.

Anton-Lichtspiele, Engelsgrube. Allmählich verflingt das bis zum Ueberdruß gegungene und geduldetes Lied vom Herzen, das in Heidelberg verloren ging. Ehe es ganz in Vergessenheit gerät, wurde der Film „Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren“ schnell noch einmal auf den Spielplan gesetzt, und er rührt mit der Geschichte von unglücklicher Studentenliebe, mit den Bildern von alter Burgherrlichkeit und den eingesprengten Trübsalbildern die Zuschauer. Ein stimmvollerer Sänger ließ das bewusste Lied erschallen und gefiel damit sehr. — „Das Geheimnis einer Stunde“ ist eine Detektiv-Komödie, in der Stuart Webb's die Hauptrolle spielt neben einem jungen Menschen, der als Verbrecher und Pseudo-Varietystern ein Doppelleben führt. Während er dunkle Wege geht, tritt seine Gefährtin im Varieté auf und muß ihm bei seinem Mißbetrug helfen. Ein unterhaltendes Stück, natürlich ohne inneren Wert, so recht nach dem Herzen der Kinobesucher. — Den wertvollsten Teil des Programms bildet der Film „Die Eroberung der Meeres-tiefen“, der uns mit den verschiedensten Tauchermethoden bekannt macht, besonders mit dem „Turmtaucher“ einer Kieler Firma, dessen Probetauchen bis zu 160 Meter Tiefe im Watzensee in interessanten Bildern vorgeführt wird.

Genossenschaften

Aus der britischen Konsumvereinsbewegung

Die Genossenschaftsbewegung in Großbritannien umfaßt — nach einem Bericht in der englischen Konsumgenossenschaftlichen Zeitung „The Co-operative News“ vom 5. Februar 1927 — 4960 883 Mitglieder in 1420 Konsumgenossenschaften. Diese Mitglieder verfügen über ein Konsumgenossenschaftliches Eigenkapital von 164 975 361 Pfund Sterling (3,3 Milliarden Mark) sowie über Reserven in Höhe von 15 600 000 Pfund Sterling (310 Millionen Mark). Ein so hohes Eigenkapital konnten die britischen Konsumgenossenschaften nur dadurch ansammeln, daß eine große Anzahl der Genossen die ihnen zufallende Rückvergütung nicht oder nur zum Teil abhoben und der Genossenschaft gegen Zinsgewährung überließen.

In der britischen Konsumgenossenschaftsbewegung sind 204 366 Arbeiter und Angestellte tätig, die im verflorenen Jahre rund 26 600 000 Pfund Sterling (530 Millionen Mark) an Löhnen und Gehältern ausgezahlt erhielten. Der Gesamtumsatz der britischen Konsumgenossenschaften betrug im Jahre 1925 (für 1926 liegen noch keine endgültigen Zahlen vor) 295 828 010 Pfund Sterling (5,9 Milliarden Mark), der Reinüberschuß betrug 23 250 000 Pfund Sterling (465 Millionen Mark).

Die britischen Konsumgenossenschaften sind in zwei großen Zentralorganisationen, der englischen und der schottischen Groß-einkaufsgesellschaft, zusammengeschloffen. Diese beiden Groß-einkaufsgesellschaften sind, ebenso wie auch die Groß-einkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., in demselben Sinne Konsumgenossenschaften wie die zahlreichen Einzelkonsumvereine; ihre Mitglieder sind allerdings nicht Einzelpersonen, sondern eben jene Konsumvereine, die sich über das ganze Land verteilen.

Die beiden britischen Groß-einkaufsgesellschaften zusammen ergießen im Jahre 1925 einen Gesamtumsatz von rund 94 000 000 Pfund Sterling (1,9 Milliarden Mark), sie brachten 1 807 000 Mitglieder (also an die ihr angezählten Konsumvereine) nach Maßgabe ihrer Umsätze zur Auszahlung; diese Beträge kamen natürlich mittelbar den Mitgliedern der Einzelkonsumvereine wieder zugute. Der Wert der Eigenproduktion der beiden britischen Groß-einkaufsgesellschaften betrug im Jahre 1925 rund 35 000 000 Pfund Sterling (700 Millionen Mark). Rechnet man wie bei uns, auch in Großbritannien die Konsumvereine und die beiden Groß-einkaufsgesellschaften zu einem Zentralverband — der „Co-operative Union“ — zusammen, dessen Aufgaben denen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine verwandt sind.

Freistaat Lübeck

Dienstag, 8. März

Markt Mülls?

„Sich bloß mal so, wo se marraht,“
„Stöhn mir lüüt fru in slapig Nacht,“
„Dat frist, zumort, dat quieft und gnagt,“
„As wenn man Holt und Flea jagt,“
„Stah doch mal up und jag se weg,“
„Dat id mit'n Slop lam endlich iregg!“

„Stel du dir Näs man inner't Lar'n,“
„Denn häst du nids von Mülls und Sof'n,“
„Stöhn du, dat id in'n Hemd un Sof'n,“
„De Mülls kann ut de Söder lo'n,“
„De vyept ut wat, und dormit . . . Schloß,“
„Ist mi is dat leen . . . Hochgezäh!“

„Se flap ut snovv! Narratt, rarratt!“
„De Mülls gnagt sid een Sot parat,“
„Un een, twe dre, hohj nah de Röd —“
„Mülls is den'n Sped'n'n Müllsbehol,“
„In'n Morg'nshummer, seit und sid,“
„Stiekt se sid nah dat Flea torigg.“

„De Husfru latt den'n Malzstee,“
„Un schriet mit'n mal: „O weh! O weh!““
„Ehe Mann köcht nah de Röd heran,“
„Un löht sien fru in'n Amiden,“
„Marie! Marie!“ „Halvdot odr Schred,“
„Wieß se nah'n atgeschöhten Sped.“

„Berdaunt noch mal!“ „Markt Mülls?“
„Een löht den'n annern an, „Mülls!““
„Hohen?“ „Mülls Phosphor löp'n!“ „Schneel!“
„In'n Bierstücker is he to Stell,“
„Se suerert'n Phosphor, . . . Sall id't noch verlett'n?“
„In Totant bed leen Nuss sid well'n.“

K. W.

Jugendherbergswocde

Die Veranstaltungen der Woche fanden ihren Abschluß in einem allgemeinen Volkstanzfest am Sonnabend. Ein so fröhliches und buntes Bild, wie an diesem Abend, hat die neue Ausstellungshalle am Hofkantor noch nicht gezeigt. Kenn konnte sie die Menge der Tänzer fassen, die sich dort zu den alten schönen Weisen drehten. Nur wenige Erwachsene, aber Jugend und Kinder jeden Alters und jeder Richtung füllten die Halle und wurden nicht müde, sich einem beglückenden Körpergefühl hinzugeben. Auf der Freilichtbühne am Wall haben wir dieses Bild vergangener Sommer jetzt gehabt, seitdem ist viel geübt und verbessert, jedoch am Sonnabend am Anfang nicht weniger als neun verschiedene Tanztruppen aufzutreten konnten um zu zeigen, was sie können. Unruhig war der Tanz von gemeinsamen Liedern und einer Ansprache. Und ein hallo gab es, als plötzlich ein modisches Singspaar Apagentänze, wie sie heute die europäische „Gellschaft“ tanzt, probieren wollte. Da kamen die Bilden persönlich rathschmend angehebt, um über den Reigen der unglücklichen Opfer einen Originaltanz zum besten zu geben. So schloß die Woche mit Fröhlichkeit, wie sie begonnen; möchte sie dem Herbergswort recht viele neue Freunde gewonnen haben.

Rattenvergiftungstoge

Es sei nochmals daran aufmerksam gemacht, daß der heutige Tag (8. März) und der folgende Tag (9. März) dem Rattenvergiftungstoge angehöret sind. Wer bisher sich nach keiner Rattenvergiftungstoge befolgt hat, muß sich diesen Giftbein ausgehend von einer der Rattenvergiftungstoge holen und kann das Gift bei der Firma Heier, Heideborn, Markt 15, erhalten. Verpflichtet zur Rattenvergiftung sind die Hausbesitzer. Sie sind berechtigt, die erkrankten Ratten auf die Ratten zu tun. Da eine Kontrolle der Giftvergiftung durch das Polizeiamt vorgenommen wird, kann man dringend vor einer Unterlassung der Giftvergiftung gewarnt werden. Die Ratten haben sich leider im letzten Jahre wieder vermehrt, daß eine große Menge davon durch die Rattenvergiftung getötet werden müssen. Diese Rattenvergiftung ist im Interesse der Volksgesundheit, da die Ratten bekanntlich die Träger gefährlicher Epidemie-Erreger sind.

Kommunalfür Bebauung

In der Generalversammlung, die am 6. März stattfand, berichtete der Vorstand über einen günstigen Geschäftserfolg. In Laufe des vorigen Jahres sind 392 Familien bezogen. Von den 15-jährigen jungen Leuten, die bisher im Bereich der Kommunalverwaltung gebildet wurden, haben 573 die Mithilfeleistung erweisen. Der Verlust an Mitgliedern seit Beginn des Jahres wurde mit 177 angegeben. Bezogen sind in

dieser Zeit 1534 Personen. Im letzten Jahre waren es 579 Sterbefälle, davon 242 Frauen, 265 Männer und 72 Kinder. Die Einnahmen betragen 245 569,76 RM.; die Ausgaben 173 767,20 RM. Für Unterstüngen ist der Betrag von 126 785,77 RM. aufgewendet worden. Die Summe, die seit 1924 an Unterstüngen ausgeführt wurde, beträgt 234 273,52 RM. Die Tätigkeit des Vereins wurde auf die Pflege der Grabstätten ausgedehnt. Die Besucher der Friedhöfe werden die Grabstätten, die von der Notgemeinschaft gepflegt werden, erkennen an den Naturgrabsteinen und an der sorgfältigen Pflege der Gräber. Die auscheidenden Vorstands- und Kontrollauschüskmitglieder wurden wiedergewählt und durch Herrn Klinger für das verlorbene Mitglied Schmalfeld ergänzt. In den vier Jahren, in denen der Verein besteht, hat es die Verwaltung verstanden, mehr als die Hälfte in den Kreis der Mitgliedschaft zu vereinigen. G.

Der Bürgerausschuß

erteilte in seiner Versammlung am Montag folgenden Senatsanträgen seine Billigung: 1. Verstärkung der Artikel 76 und 85 des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1928 (5850 Mark). 2. Erwerb einer Vorgartenfläche aus dem Grundstück Fadenburger Allee 12. 3. Ankauf eines Grundstücks in Tramm (5200 RM.). 4. Verkauf eines Barplatzes Ecke Wisbn- und Ritterstraße (12 RM. per Quadratmeter). 5. Anschluß der Baradenwohnung Trappenstraße 16 an die Sielleitung (2000 RM.). 6. Zuschuß zu den Kosten des Jugendtreffens in Lübeck (1500 RM.). Die Sanitäten lehnen stillschweigend jede Beihilfe für das Jugendtreffen ab. 7. Beschaffung von Rechenmaschinen für die Bauabteilung (7790 RM.). Schmidt kämmt Neben als Maschinenführer; es darf keine Arbeitskraft dadurch gehort werden. Er bleibt mit seinen Ansichten allein. 8. Ausgestaltung der Freilichtbühne. Die Sanitäten sind mit den 5000 Mark nicht zufrieden, sie verlangen noch mehr, 2000 RM. für Einnahmestände. Genosse Hart sagte ihnen gründlich Bescheid. Wir tragen unsere Verantwortungen selbst; die andern möchten ihre „einf.“ Volkskunst auch allein bezahlen. 9. Verbesserung der Verhältnisse auf der Schuttarabe am Finckenberg (4800 RM.). 10. Erweiterung und Verbesserung der Wirtschaftsträume im Kinderheim II (7500 RM.). 11. Herstellung einer Wasserleitung auf dem Spielplatz Bantianshof (1920 RM.). 12. Chauffeeban in der Gemeinde Hoogensee (5000 RM.).

In nichtöffentlicher Sitzung wurde der dem Bürgerausschuß zur Begutachtung von der Bürgerchaft übermiesene Antrag von Drens und Gen. verhandelt: Die Bürgerchaft ersucht den Senat, den Kotantrieb in den Rohrmaeren der Säuler an der Hanlarstraße am Hanlarweg und an der Wendischen Straße durch einen Kennantrieb ersetzen zu lassen.

Zwölfter Abend in Berlin. Am Montag, dem 21. März, abends 8 1/2 Uhr findet in Berlin in den oberen Räumen des Jugendbadehauses, Blumenshof 17 (Ecke Schönberger Ufer), ein Zwölfter Abend statt, zu dem alle Lübeckinnen und Lübecker, die an diesem Tage in Berlin weilen, eingeladen sind. Prof. Kasha hält einen Lichtbildvortrag über das Thema: Von Lübbischer Seefahrt im Mittelalter. Anschließend ist gefelliges Beisammensein mit Bier, Speisen und Getränken und zu angenehmen Preisen zu haben. Anforderbeitrag einschließlich Garderobe 2 RM.

Forting des Herrlichen Vereins. Krieg, Justation und die damit in Zusammenhang stehenden wirtschaftlichen Umwälzungen haben es zumege gebracht, daß die Tuberkulose wieder in höherem Maße ihre Opfer fordert. Mancher Todesfall, mancher wirtschaftliche Keldung durch langjähriges Eschium lassen sich vermeiden, wenn man dieser Krankheit vorbeugt beim ihren Beginn sofort und energig bekämpft. Die Wege hierzu weist der am 10. März in der Aula des Johanneums 8 1/2 Uhr stattfindende Vortrag: Die Tuberkulose ihre Entstehung und Bekämpfung, den Dr. Arzends von der Tuberkulose-Kürvorstelle als Leiter der vom Herrlichen Verein veranstalteten Vorträge halten wird. Eintritt 20 Pfg.

Bildung, Ausbildung u. Fortbildung: Erziehung u. Unterricht

Mittwoch, 9. März
12-12:30 Uhr: Französisch für Schüler. Frau G. van Coten und Lehrer Grande. — 3:30-4 Uhr: Einheitschrift für Anfänger. Prof. Dr. Ansel und Oberstlehrer Westermann. — 4-4:30 Uhr: Kunst und Erziehung. Prof. Dr. Schreyer und Oberstlehrer Hilfer. — 4:30-5 Uhr: Englisch für Fortgeschrittene. Studententriebe und Lehrer Mann. — 6:30-7 Uhr: Englisch für Anfänger, Studententriebe und Lehrer Mann.
Der Schrift- und Rechnungswesen in den deutschen Seeschiffen 1926. In vergangenen Jahre herrschte sich der Seeschiffverkehr in den deutschen Häfen dem Ausmaß nach gegenüber 1925 um 14,4 Prozent. Der Vorkriegsverkehr wurde damit um 21,8 Prozent überbritten. Der Anteil der deutschen Flagge am Gesamtverkehr in den heimischen Häfen ver-

Kleine Geschichten

Auch eine Lebensstellung

Im kleinen allgäuischen Städtchen Isny stürzte sich ein lebensmüdes Mädchen in einen Kanal. Ein vorbestimmender Schutzmann sah den Vorfall, traute aber seiner Schwimmlust nicht genug zu, um dem Mädchen nachzuspüren. Was nun? Der Polizist schreie dem Mädchen zu: „Wenn Sie nicht sofort herauskommen, schieße ich!“

Und siehe da, die Lebensmüde hatte solche Angst vor dem Schießen oder so viel Respekt vor dem Polizisten, daß sie gehorjam an das Ufer heraustrabbelte.

Nach dem Respekt vor der Obrigkeit zu urteilen, war das Mädchen also eine Deutsche, und Isny liegt an der württembergisch-bayerischen Grenze, womit psychologisch der Fall hinreichend erklärt sein dürfte. Vielleicht ist da generell etwas zu machen. Etwa an Bräuden und Uferstellen, wo Selbstmörder ihre Tätigkeit ausüben pflegen, eine Verbotstafel — auf eine mehr kommt es in Deutschland ja nicht an — mit dem Text: „Selbstmord verboten. Zuwiderhandelnde werden erschossen.“ Vielleicht hilft's!

Ein Portofalkentavaler

Karl ist der zukünftige Leiter eines der größten deutschen Industrieunternehmen, Besitzer einer eigenen Villa, mehrerer eigener Autos, er wird eine Unmenge Personal beschäftigen, er wird — mit einem Wort: Karl ist „Stift“ in einer Handelsgesellschaft. Karl ist erst ein halbes Jahr in dem Geschäft tätig und man hat ihm bislang noch immer nicht die Portofalle zur Verwaltung übertragen. Irgendwie muß sich aber ein zukünftiger Kommerziant Einkünftequellen erschließen, und da ist Karl auf den nicht gerade neuen Gedanken gekommen, die liquidierten Jahrgelder für sich privatim zu verwenden. Karl wird vorerst in erster Linie dazu herangezogen, um gelegentlich einmal zu Krause u. Co. oder zur Elite G. m. b. H. zu fahren und eine Rechnung zu kassieren. Und da ist Karl in Anbetracht des milden Wetters immer gelaufen und hat sich die dreißig oder vierzig Pfennig Jahrgeld in seine Tasche gesteckt, um sie dann später in Zigaretten anzupfeifen. Mit der Zeit fiel es aber im Geschäft auf, daß Karl immer so lange fortblieb. Zur Rede gestellt, hatte er aber immer eine Ausrede zur Hand. Als es aber schließlich doch zu auffällig wurde, zog Karl einen Kollegen Fris ins Vertrauen, dem er empfahl, es ebenso zu machen. Es würde dann bei ihm nicht so auffallen, wenn auch der andere Lehrling immer so lange fortblieb. Fris aber war ein ganz etelhafter Streber. Er erzählte die Geschichte seinem Chef und dieser warf daraufhin Karl furztand hinaus. Infolgedessen kam die Angelegenheit vor das Kaufmannsgericht in Berlin.

Nach Ansicht des Chefs war der Fall völlig klar. Karl hatte fünfzig Jahrgelder „untergeschlagen“, seine Vorgehensweise regelmäßig belogen, und weiterhin auch einen anderen Lehrling zu derartigen Unkorrektheiten zu verleiten versucht. Unzweifelhaft lag also nach Ansicht des Chefs ein ausreichender Grund zur fristlosen Entlassung vor. Das Gericht kam aber zu einer anderen Auffassung des Falls. Der Richter beurteilte die Angelegenheit wesentlich milder. Der Chef wurde verurteilt, das Lehrverhältnis fortzusetzen. In der Urteilsbegründung heißt es, daß Karl wohl nicht korrekt gehandelt hatte, aber ein Lehrling sollte ja seinen Gehaltsbesitzern erzehlen und anlernen, und zur Ausbildung eines Lehrlings gehört nicht nur die Redung kaufmännischer

Talente, sondern auch die moralische Erziehung. Erst wenn mehrmalige Verwarnungen nichts nützen, dürfe der Chef den Vertrag freiflos lösen.

Sommerzeit in Frankreich. In Frankreich wird auch in diesem Jahre wieder eine Sommerzeit eingeführt und zwar werden bereits in der Nacht zum 10. April um 11 Uhr abends die Uhren eine Stunde vorgerückt. Damit haben während der Sommermonate Deutschland und Frankreich dieselbe Zeit.

Allerlei Wissenwertes

Wie durchfließt der Rhein den Bodensee? Nach den Feststellungen des in Stadt bei Konstanz unter Leitung von Dr. Auerbach-Bregenz bestehenden Instituts für Bodenseeforschung ergab sich der Stromlauf des Rheines im Bodensee von seiner Einmündung bei Hard am Ostufer des Sees entlang nach Bregenz, wendet sich dann nach Lindau und erst hier vom Nordufer in die Richtung zum Ausfluß bei Konstanz. Die Erhebungen über den Stromlauf erfolgen durch besonders konstruierte, ins Wasser versenkte und mit Anzeigern auf dem Schiff verbundene Apparate. Im Zusammenhang mit den Auerbach'schen Forschungen wird jetzt in der Universität Freiburg ein Modell des Bodensees gebaut, um zu untersuchen, wie die starkes Geschiebe führende Strömung durch Verbanungen zum Schutze der Ostufer beeinflusst werden könne.

Schiffsnachrichten

Über die Linie Mittelland

Dampfer „Lübeck“ ist am 6. März, 8 Uhr morgens in Gibraltar angekommen. Dampfer „Alga“ ist am 5. März, 3 Uhr nachmittags in Memel angekommen. Dampfer „Danzig“ ist am 5. März nachts von Dartmouth nach Korfeunabg abgegangen.

Angelommene Schiffe

7. März 1927:
M. Margit, Kapl. Hansen, von Katsko, 1 Tg. — D. Bürgermeister Laßberg, Kapl. Hammer, von Burgkafen, 3 1/2 Stunden. — D. Secabler 1, Kapl. Wems, von Wismar, 3 1/2 Std.

8. März 1927:
D. Sena, Kapl. Mühlmann, von Königsberg, 3 Tg. — D. Nordlicht, Kapl. Matthesen, von Hamburg, 1 Tg. — D. Renne D. Ippen 30, Kapl. Rosenberger, von Königsberg, 2 Tg. — D. Nordstern, Kapl. Dehmer, von Udo, 2 1/2 Tg.

Abgegangene Schiffe

7. März 1927:
M. Raabild, Kapl. Jensen, nach Chelsoff, Kalkalpetar. — M. Ob, Kapl. Jansen, nach Falkenburg, Sals. — D. Ludwig Kollberg, Kapl. Jacobsen, nach Gotenburg, Suidg.

8. März 1927:
Melpomene, Kapl. Mayborg, nach Habersleben, Kalk.
Über die Linie Mittelland: Dampfer „Bürgermeister Eichenberg“ ist am 5. März, 8 Uhr abends von Saugrund nach Egerland abgegangen. Dampfer „Smatra“ ist am 6. März, nachmittags 1 Uhr von Stavanger nach Frederikshavn abgegangen.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte

Kafohrnd verhalten.
Der östliche Kern des westeuropäischen Zyklonenstems hat nur wenig seine Lage geändert; dagegen ist der sich weit nach Süden erstreckende Ausläufer

weiter östwärts vorgedrungen. Südlich der Stelle, wo seine lang ausgehende Regenfront eine Bude zeigte, hat sich eine kleine selbständige Zykone gebildet. Diese wird langsam in östlicher Richtung ziehen. Nach ihrem Vorüberzuge wird wieder Wetterbesserung eintreten, die nicht lange anhalten dürfte, da von Osten ein neues Tief, das allerdings sich langsam bewegt, heranzieht.

Wahrscheinliche Witterung am 8. und 9. März 1927:

Mäßige umlaufende Winde, wolkig, Regenfälle, zeitweise aufklarend, mild.



Rundfunk-Programme: Hamburg, Bremen, Hannover, Kiel
Hamburg Welle 394,7, Bremen Welle 400, Hannover Welle 297, Kiel Welle 254,2.

Mittwoch, 9. März: 1.20: Englischer Schulfest. @ 2.05: Bremen (alle Noragender): Konzert. @ 4.15: nur Hannover: Konzert. Mittw.: Wilhelm Rabot und das Norag-Orch. @ 4.15: nur Bremen: Zu Leoncavallos 70. Geburtstag. Kammerorchester der Norag. Barcarole. Brije de mer. Balle coquette. Fant. Der Baiazo. Matinata. @ 4.15: nur Kiel: Szenen aus „Das Dreimäderlhaus“. Singpiel in drei Akten. Musik nach Franz Schubert. Mittw.: Bildl Riebel (Hannover), Walter Körbe (Schubert), Leo Tischler (Tischl.). Am Flügel: Kapellm. Döring. @ 4.30: nur Hamburg: Langtee. Kapelle Greve. @ 6: Hamburg, Kiel: Licht aus lauden! Fröhliche Stunde der Funterwörung. @ 6: Hannover, @ 6.15: Bremen: Fröhliche Stunde der Funterwörung. @ 6.50: Hamburg (alle Noragender): Prof. Stammler: Niederdeutsche Literatur zur Zeit der Hanse. @ 7.10: Hamburg (alle Noragender): Generalstaatsanwalt Lang: Grundfragen des Strafrechts. @ 7.40: nur Bremen: Telegr.-Inspr. Schwerdtner: Rundfunktechnik. @ 8: Hamburg (alle Noragender): Rathje-Quartett. Dr. Singer: Beethoven als künstlerische Persönlichkeit. — Streichquartette op. 18 und 59. @ 9.45: Hamburg (alle Noragender): Kleine Hausmusik. — Anstl.: Langfunk. — Für Hannover: Konzert aus Hannover.

Verantwortlich für Politik und Volkswirtschaft: Dr. Fritz Schmidt.
Für Freikunst, Kunst und Kunststoffe: Hermann Bauer.
Für Sport: Carl Kuidhardt. Verleger: Carl Kuidhardt.
Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten

Ausschub für Arbeiterwohlfahrt

Die Geschäftsstelle des Ausschusses befindet sich
Johannisstraße 48, I. Alte Kleidungsküche, Schuhe,
Wäsche, vor allen Dingen Kinderkleidung bitten wir
in der Geschäftsstelle abzuliefern oder Nachricht zum
Abholen dorthin gelangen zu lassen.
J. A. H. Wolfradt.

Preis für 1 Pfund 65 Pfg. 1/2 Pfund 43 Pfg.

Neueste Nachrichten

Dienstag, 8. März 1927 Nummer: 1

Neues für die Hausfrau!

Zeit einigen Tagen begegnen wir überall dem Wort: AXA. Was ist AXA? Eine köstliche Pflanzenbutter, das Beste in höchster Vollendung / nahrhaft und immer frisch wie beste Naturbutter. AXA ist in allen besseren Lebensmittel-Geschäften zu haben. Das Pfund kostet nur 65 Pfg., das halbe Pfund 43 Pfg.

So sieht die Packung aus!

1 Pfund 65 Pfg. 1/2 Pfund 43 Pfg.

Promenadenwagen Klappwagen im Verdeck

mit Riemenfedergestell u. Lederfuchauschlag ohne Fusskasten u. verstellbarer Rückenlehne. Mk. 37,50 ohne Federung.

56,50 39,50

Kinderwagen

Klapp- u. Promenadenwagen

sind in den neuesten Farben vorräufig: Neugrün, hellrot, trop, rosbraun, karmün, neublau, mode und seegrün.

Maether' - Klappwagen ohne Verdeck mit verstellbarer Rückenlehne		Maether' - Promenadenwagen die Sonderklasse der Qualität	
1. Sitz mit Ledertuchpolster	19 ⁵⁰	1. Mit Riemenfedergestell und Fußkasten	62 ⁵⁰
2. Ledertuch-Seitenschutz und Gelenkfederung	24 ⁷⁵	2. Kasten mit neuartiger Wölbung und moderner Verzierung	72 ⁵⁰
3. Seitenteile mit dopp. Ledertuch, Gelenkfederung	29 ⁵⁰	3. Mit Fußkasten und 6 Riemen	85 ⁰⁰
Maether' - Klappwagen mit Verdeck und verstellbarer Rückenlehne		Maether' - Columbuswagen apart — vornehm	
1. Mit Spiral- bzw. Gelenkfederung	42 ⁵⁰	1. Riemenfedergestell u. Lederfuchauschlag	62 ⁵⁰
2. Mit neuer, Elliptic-Federung in Verbindung mit 6 Riemen	47 ⁵⁰	2. Ledertuchpolster u. Polsterand, Fußkasten	79 ⁰⁰

Schleifen u. Reparaturen aller Stahlwaren beim Solinger **Ern. Holzer** 38

Der Krieg im Jahre 1930

Eine Schilderung seines wahrheitsgemäßen Verlaufes von Generalmajor v. Eichenau

Preis 50,-

Buchhandlung Eilhard Bollstede
Johannisstraße 46

Geschäfte
Beerensbäcker
Heckelmann
Tierbacher
Kunze
Smeries
empfehlen billigt
H. F. Vollert
Kafberger Allee 27

Karstadt AG